



Besserer Energieverbrauch Besserer Klimaschutz Besserer Mitteleinsatz

Ein Handbuch für lokale und regionale Gebietskörperschaften

Rat der Gemeinden
und Regionen Europas



[Inhalt]

>	Vorworte	2
> 1	Lokale und regionale Gebietskörperschaften – Schlüsselakteure nachhaltiger Energiepolitik	4
	> Warum ist dieses Handbuch notwendig?	5
> 2	Nachhaltiges Energiemanagement	6
	> Der Weg zu nachhaltigen Energiepolitiken	6
> 3	Wie können lokale und regionale Gebietskörperschaften tätig werden?	9
	> 1. Lokale und regionale Regierungen als Konsumenten, Dienstleistungserbringer und Vorbilder	9
	> 2. Lokale und regionale Regierungen als Planer, Entwickler und Regulierungsbehörden	14
	> 3. Lokale und regionale Regierungen als Konsumenten und Motivatoren	18
	> 4. Lokale und regionale Regierungen als Produzenten und Leistungserbringer	21
> 4	Klimaschutz	24
> 5	Die europäische Dimension	27
	> Die wichtigsten europäischen Finanzierungsmechanismen	30
	> Neuere Rechtsnormen im Fachbereich	31
	> Noch nicht verabschiedete Rechtsnormen	31
> 6	Europäische Partnerschaften – Vernetzung für nachhaltige Energiepolitik	32
	> Netzwerke lokaler Regierungen engagieren sich für nachhaltige Energiepolitik	32
	> Europäische Kampagnen	34
	> Weitere Informationsquellen	36

Vorworte

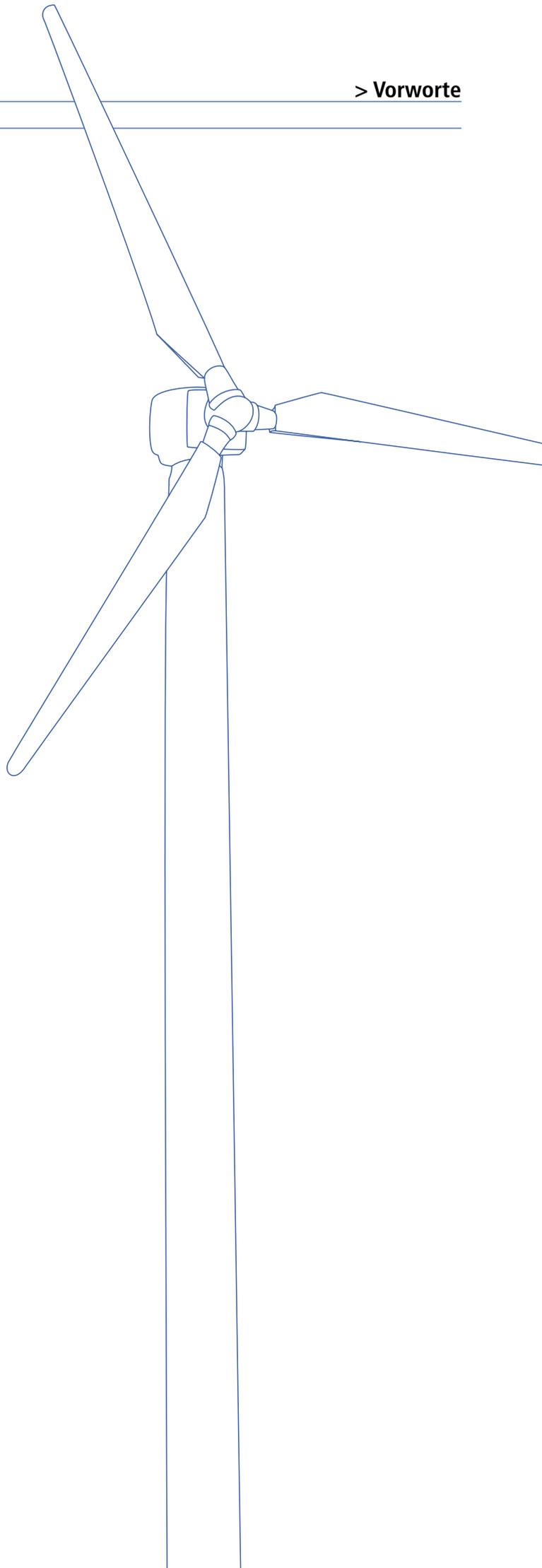


Bärbel Dieckmann
Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn
Vorsitzende des RGRE-Forums
„Nachhaltige Entwicklung“
Vorsitzende des
Weltbürgermeisterrates zum
Klimawandel

In jüngster Zeit stehen Energiefragen immer öfter ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die Energiekosten steigen laufend und stellen eine beträchtliche Belastung der Haushalte dar.

Der Bedarf nach politischen Handlungen und Anreizen für effizienteren Energieeinsatz nimmt gleichfalls zu. Lokale und regionale Gebietskörperschaften können Energiesparmaßnahmen einführen, erneuerbare Energiequellen nutzen und die Energieeffizienz verbessern. Dieses in Zusammenarbeit mit dem RGRE-Energie-Netzwerk, dem Klima-Bündnis und Energie-Cités entstandene Handbuch soll politische EntscheidungsträgerInnen und PraktikerInnen auf lokaler und regionaler Ebene darin unterstützen, Energiefragen in verschiedene Politikbereiche – z.B. Planung, Gestaltung, Errichtung und Betrieb von Anlagen – sowie in die Erbringung von Dienstleistungen zu integrieren.

Ich hoffe, dass diese Sammlung von Anregungen, Maßnahmen und Beispielen für Good Practices zahlreiche lokale und regionale Regierungen anregen wird, Aktionen mit dem Ziel nachhaltigen Energieeinsatzes zu entwickeln und umzusetzen.





Andris Piebalgs
Europäischer Kommissar für Energie

Ich habe ein klares Ziel: Mir geht es vor allem darum, die Art und Weise zu verbessern, in der die EuropäerInnen Energie nutzen. Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen gehören natürlich zu den Prioritäten meines Arbeitsplans, aber sie können auch wesentlich zu anderen wichtigen Zielsetzungen beitragen, wie etwa zu mehr Sicherheit in der Energieversorgung und größerer Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Dieser Ansatz ist vollkommen gerechtfertigt, wenn wir an die Herausforderungen denken, denen sich Europa heute gegenüber sieht: Klimawandel, Abhängigkeit von importierten Brennstoffen, Bedarf nach schnellerem Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen durch intelligente Energiekonzepte und schließlich höhere Lebensqualität für die BürgerInnen in einer saubereren Umwelt.

Diese Zielsetzungen zu erreichen ist eine Herausforderung für uns alle. Die europäischen Institutionen fördern schon seit geraumer Zeit eine nachhaltige Zukunft der Energienutzung auf internationaler und EU-Ebene. Diese Aufgabe wird durch Rechtsnormen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Anlagen sowie durch die Definition eines gemeinsamen Zieles für die Nutzung von Biokraftstoffen und Strom aus erneuerbaren Energiequellen wahrgenommen. Wir fördern Forschung und die Verbreitung kostenwirksamer Energielösungen mit Hilfe verschiedener Finanzierungsmodelle und verlieren dabei nie

die Bedeutung des aktiven Dialogs mit den Beteiligten aus den Augen, um die konstante Verbesserung unserer Politiken sicherzustellen. Während es sich als sinnvoll erwiesen hat, derartige Aktionen auf Regierungen und Industrie abzustellen, ist diese Herangehensweise jedoch nicht ausreichend, um mit den massiven Herausforderungen der Gegenwart fertig zu werden.

Wir können nur dann Erfolg haben, wenn die BürgerInnen sich ihrer entscheidenden Rolle zur Erreichung dieser Ziele bewusst werden und beschließen, ihre täglichen Lebensgewohnheiten zu ändern, um Energie zu sparen und den Klimawandel zu bekämpfen. Jede auch noch so kleine Verhaltensänderung zählt, wenn sie zur Energieeinsparung beiträgt – wir dürfen nicht vergessen, dass die Entscheidung jedes und jeder Einzelnen in Bezug auf Lebensweise, Arbeitsmethoden und Mobilität von zentraler Bedeutung für den Energieeinsatz ist. Dies zeigt sich überaus klar in dem Umstand, dass Gebäude und Verkehr alleine für mehr als 80% unseres Energieverbrauchs stehen.

Um den BürgerInnen dieses wichtige Thema vermitteln zu können, müssen wir zuallererst mit jenen Akteuren zusammenarbeiten, die ihnen am nächsten stehen – den lokalen und regionalen Regierungen. Die Umsetzung von EU-Politiken hängt vor allem von der Frage ab, ob es den lokalen Regierungen gelingt, Ideen zu kommunizieren und die Bürgerschaft einzubeziehen. Daher freut es mich besonders, diesem Handbuch meine Unterstützung zuzusagen. Es handelt sich dabei um ein Instrument, das meiner Ansicht nach nachhaltige Energiepolitik wirksam fördern und uns so in die Lage versetzen wird, zusammen mit den BürgerInnen auf die Erfüllung unserer gemeinsamen Wünsche und Ziele hinzuwirken.

1. Lokale und regionale Regierungen – Schlüsselakteure nachhaltiger Energiepolitik

Energiefragen beeinflussen in hohem Maße die Umwelt, die Arbeitsplatzsituation und das tägliche Leben der BürgerInnen der EU. Sowohl die steigenden Energiekosten als auch die Notwendigkeit, Schadstoffemissionen zu senken, machen Energiefragen zu immer wichtigeren Themen für öffentliche wie private Akteure. Energiekosten stellen eine zunehmende Belastung für lokale und regionale Körperschaften dar, weshalb es besonders bedeutsam ist, effiziente Methoden zur Rationalisierung des Energieverbrauchs zu finden.

Lokale und regionale Körperschaften sind in alle Aspekte der Energiepolitik eingebunden. Sie können den **Energiebedarf** unmittelbar durch die Gestaltung ihres Energieverbrauchs beeinflussen – aber auch mittelbar, indem sie die EndverbraucherInnen über effizienteren Energieeinsatz informieren und motivieren. Strategische Entscheidungen betreffend die städtische Entwicklung, wie etwa die Förderung der Stadtverdichtung oder integrierte Bodennutzung und Verkehrsplanung, wirken sich direkt auf den Energieverbrauch der Bevölkerung aus. Außerdem können lokale und regionale Körperschaften das öffentliche Beschaffungswesen einsetzen, um Energieeffizienz bei Produkten und Dienstleistungen anzuregen.

Darüber hinaus treffen lokale und regionale Körperschaften wichtige Entscheidungen, welche die **Energieversorgung** beeinflussen. Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Energiemix zugunsten effizienterer Systeme und erneuerbarer Energiequellen können die lokale Energieproduktion stimulieren und die Abhängigkeit von ausländischen Energieressourcen mindern. Die Energieproduktion vor Ort kann außerdem die lokale Wirtschaft durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Schwung bringen.

Zuletzt stellt der **Klimawandel** eine immer größere Herausforderung für lokale und regionale Körperschaften dar, die es unabdingbar macht, die Menschen vor Gesundheitsrisiken und Gefährdungen ihres Wohlbefindens zu schützen. Der Klimawandel kann lokale und regionale Körperschaften durch extreme Wetterbedingungen, Überschwemmungen, Schädigung der Bodenqualität, Erosion, Bauschäden usw. direkt und negativ beeinflussen. Lokales Handeln ist wichtig, um die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen und uns alle zu schützen, und weist daher lokalen und regionalen Körperschaften eine tragende Rolle im Klimaschutz zu. Viele Aktionen im Kampf gegen den Klimawandel zielen auf die Erhöhung der Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen ab.

Warum ist dieses Handbuch notwendig?

Dieses Handbuch zielt auf lokale und regionale Körperschaften – d.h. sowohl gewählte VertreterInnen und technische Fachleute – ab. Es enthält eine Auswahl an Vorschlägen, Maßnahmen und Beispielen für Good Practices, die es lokalen und regionalen Körperschaften leichter machen sollen, Aktionspläne für nachhaltige Energien zu entwickeln und umzusetzen.

Das Handbuch beantwortet die folgenden Fragen:

Wie sollte man mit Energiefragen auf lokaler Ebene umgehen, und wo ist dabei anzusetzen?

- › Zehn Aktionsschritte für lokale EntscheidungsträgerInnen.

Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

- › Konkrete Beispiele für Aktionen und Maßnahmen, die lokale und regionale Körperschaften für nachhaltiges Energiemanagement treffen können (auf Grundlage der verschiedenen Rollen und Funktionen lokaler und regionaler Körperschaften).

Wo liegen die Verbindungen zwischen lokaler Energiepolitik und Klimaschutz?

- › Aufzeigen von Verbindungen zwischen nachhaltiger Energiepolitik und anderen Politikbereichen, die für den Kampf gegen den Klimawandel bedeutsam sind.

Worin liegt die europäische Dimension nachhaltiger Energiepolitik?

- › Möglichkeiten für Projektfinanzierung und neuere europäische Rechtsnormen.

Wie können Unterstützungsmaßnahmen und Handlungsimpulse sowie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch identifiziert werden?

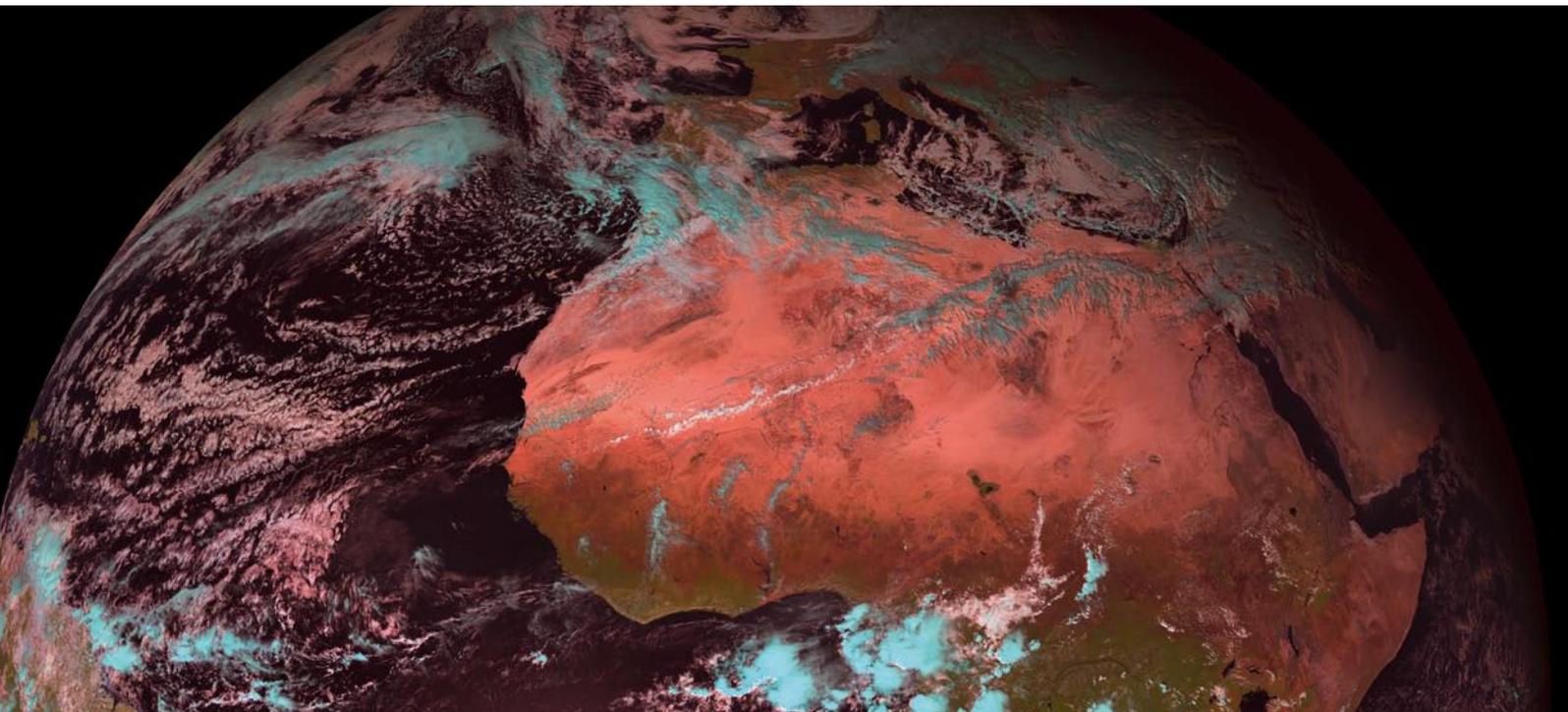
- › Bekanntmachung europäischer Kampagnen und Instrumente; Möglichkeiten für europäische Partnerschaften.

2. Nachhaltiges Energiemanagement

Der Weg zu nachhaltigen Energiepolitiken

Die Erarbeitung nachhaltiger Energiepolitiken erfordert die Zusammenarbeit mit allen Abteilungen lokaler und regionaler Regierungen. Außerdem ist es wichtig, alle lokalen Akteure öffentlicher wie privater Natur einzubeziehen. Energiefragen

sollten als ein Thema betrachtet werden, das alle angeht. Nachhaltige Energiepolitik funktioniert am besten, wenn Energiefragen in alle Aktivitäten öffentlicher Stellen einbezogen werden. Die Integration der Energieanforderungen in bereits bestehende Nachhaltigkeits- oder Umweltstrategien lokaler Behörden könnte den einfachsten Weg zur Erzielung von Fortschritten darstellen.



Die nachfolgenden zehn Schritte können lokalen und regionalen EntscheidungsträgerInnen helfen, nachhaltige Energiestrategien umzusetzen.

Diese Schritte können einen Rahmen abstecken, um den notwendigen Prozess für lokale energierelevante Aktionen in Gang zu setzen.

Zehn Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik (für EntscheidungsträgerInnen)

- 1. Eine klare Vision der politischen Ziele (Verminderung des Treibhausgasausstoßes und der Luftverschmutzung vor Ort, eine autarke und stabile Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region usw.) ist ebenso wichtig wie eine Strategie, um diese Ziele zu erreichen. Die Energiepolitik muss Teil der nachhaltigen Entwicklungsstrategie oder der integrierten Umweltstrategie der lokalen oder regionalen Regierung sein.*
- 2. Ein Aktionsplan mit messbaren und realistischen Zielsetzungen, Zeithorizonten und Verantwortungsbereichen ist zu entwickeln. Fortschritte sind regelmäßig zu messen und zu überwachen; neue Zielsetzungen und Maßnahmen sind wo nötig zu initiieren. Dies erfordert auch klar definierte Verantwortungsbereiche und selbständige, qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen.*
- 3. Eine Kontaktperson für nachhaltige Energie ist zu benennen; dabei sollte es sich um jemanden handeln, der innerhalb der lokalen Gemeinschaft Begeisterung erwecken, Einfluss ausüben und Veränderungen anstoßen kann. Diese Person ist durch die jeweilige lokale Gebietskörperschaft zuverlässig zu unterstützen.*
- 4. Der Energieverbrauch in den Gebäuden und Einrichtungen der lokalen Gebietskörperschaften ist durch effiziente Verwaltung und energiesparende Maßnahmen zu senken. Die ersparten Finanzmittel können neu investiert werden. Außerdem geht die lokale Gebietskörperschaft so mit gutem Beispiel voran.*
- 5. Energieeffiziente Maßnahmen im sozialen Wohnbau sind anzuregen und in allen gemeindeeigenen Wohnungen einzuführen. Energieeffizienz ist auch in lokalen Wohnbauten zu fördern, die sich in Privateigentum befinden. Planungs- und Bauaufsichtsmaßnahmen sollten eingesetzt werden, um die Integration von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen bei Bau- und Renovierungsarbeiten zu unterstützen.*
- 6. Produktion und Einsatz erneuerbarer Energiequellen sind lokal zu unterstützen.*
- 7. Ökologisierung des gemeindeeigenen Fuhrparks und Umsetzung eines ökologischen Mobilitätsplans für die gesamte Gemeinde. Ökologisch einwandfreie Fahrzeuge mit niedrigem Kohlendioxid ausstoß senken die Luftverschmutzung vor Ort und sind darüber hinaus billiger im Betrieb.*
- 8. Eine starke Partnerschaft sollte mit lokalen Stromversorgern, Energieinformationszentren bzw. sonstigen relevanten Organisationen eingegangen werden, um praxisorientierte und nachhaltige Energielösungen für alle Einwohner, KMUs und andere lokale Unternehmen sicherzustellen.*

9. Die Aktivitäten der lokalen Gebietskörperschaft sollten auch im Umfeld der Gemeinde beworben werden; die eigene Homepage und Informationsmaterial sind einzusetzen, um die Bevölkerung wissen zu lassen, dass die lokale Regierung an einer nachhaltigen Zukunft interessiert ist. Partnerschaften mit lokalen Unternehmen, Schulen und anderen Organisationen tragen dazu bei, die Gemeinschaft als Ganzes zu involvieren.

10. Erfahrungen und erworbenes Wissen sollten durch Vernetzung kommuniziert werden, um aus bestehenden Erfahrungen zu lernen und es anderen lokalen und regionalen Körperschaften zu ermöglichen, ihre Dienstleistungen zu verbessern.

Quelle: Adaptierung eines Textes des SOLACE Environment Panel

3. Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

Maßnahmen zur Energieeffizienz, Projekte für erneuerbare Energien oder andere Aktionen im Energiebereich können in verschiedene Handlungsfelder lokaler und regionaler Körperschaften integriert werden. Dieses Kapitel definiert diese Handlungsfelder und stellt mögliche Maßnahmen und Aktionen für lokale und regionale Körperschaften vor. Die Aktionen und Maßnahmen werden durch zahlreiche Fallbeispiele aus verschiedenen europäischen Städten belegt.

Die Handlungsfelder betreffen lokale und regionale Regierungen als

1. Konsumenten, Dienstleistungserbringer und Vorbilder
2. Planer, Entwickler und Regulierungsbehörden
3. Konsumenten und Motivatoren
4. Produzenten und Leistungserbringer

1. Lokale und regionale Regierungen als Konsumenten, Dienstleistungserbringer und Vorbilder

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen lokale und regionale Körperschaften zahlreiche Büro- und sonstige Gebäude und verbrauchen daher große Mengen von Energie, etwa für die Heizung, Heißwasserbereitung und Beleuchtung öffentlicher Gebäude. Die Einführung von Energiesparprogrammen und

-aktionen in öffentlichen Gebäuden ist daher ein Bereich, in dem beträchtliche Einsparungen in kurzer Zeit möglich sind.

Es ist wichtig für lokale und regionale Körperschaften, durch die eigene Handlungsweise mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden¹ wird einen weiteren Anreiz bieten, um den Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden zu senken. Die Richtlinie setzt voraus, dass öffentliche Gebäude Energiezertifikate einholen, die auch für die BenutzerInnen dieser Gebäude einsehbar sind; dadurch wird den BürgerInnen die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude vermittelt.

Lokale und regionale Körperschaften erbringen darüber hinaus Dienstleistungen, die – wie etwa Straßenbeleuchtung und öffentlicher Verkehr – sehr energieintensiv sind. Lokale Regierungen können einige dieser Dienste an andere Leistungserbringer delegieren, anstatt sie selbst zu übernehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass lokale oder regionale Regierungen in diesem Fall keinen Einfluss auf den Energieverbrauch nehmen können. Durch die Festlegung von Energiekriterien bei der Vergabe von Dienstleistungsverträgen oder durch energieeffiziente Auflagen beim Produktankauf können lokale Regierungen ihre Energieperformance langfristig verbessern und daneben den öffentlichen Haushalt entlasten.

¹ Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG)

Vorschläge für Aktionen und Maßnahmen

ENERGIEMANAGEMENT

- Bestellen Sie einen Energiebeauftragter bzw. eine Energiebeauftragte oder richten Sie eine Energieabteilung ein (je nach Höhe der Energiekosten Ihrer Gemeinde). Eine Grundregel: Einige lokale Regierungen bestellen jeweils einen Energiebeauftragten pro zwei Millionen Euro Energie- und Wasserausgaben der Gemeinde.
- Überprüfen und bewerten Sie den Energieverbrauch aller öffentlichen Gebäude und zwar Bau für Bau. Größere Gebäude sind wöchentlich, kleinere jährlich zu überprüfen.
- Beschaffen Sie sich Zugang zu Energieverbrauchsdaten auch nicht gemeindeeigener Gebäude, um den Verbrauch innerhalb der Gemeinde im weiteren Sinne zu steuern.
- Stellen Sie sicher, dass das für die Gebäude zuständige Personal (Wartung, Sicherheit, Reinigung) über Energiemanagement und erforderliche Energiesparmaßnahmen informiert ist.
- Lancieren Sie eine interne Informationskampagne, in der die Wichtigkeit von Energiefragen unterstrichen wird; die für das Personal geltenden Energiesparmaßnahmen sind regelmäßig bekannt zu machen (Heizung, Beleuchtung, Abschalten von PCs).
- Führen Sie in Ihrem Haushalt einen separaten Posten für Energiesparmaßnahmen.
- Richten Sie ein Sparprogramm ein, um sicherzustellen, dass ein Teil der eingesparten Mittel in andere nachhaltige Energiemaßnahmen investiert wird.

ENERGIEPERFORMANCE VON GEBÄUDEN

- Prüfen Sie gemeindeeigene Gebäude systematisch auf deren Investitionsbedarf (Energie-Audits).
- Entwickeln Sie Energieverbrauchsmessungen für alle öffentlichen Gebäude.
- Setzen Sie erneuerbare Energiequellen oder Kraft-Wärme-Kopplung in gemeindeeigenen Gebäuden ein.
- Überprüfen Sie bestehende Energielieferverträge insbesondere im Hinblick auf Ökoenergie.
- Entwickeln Sie lokale Betriebs-, Errichtungs- und Modernisierungsstandards und lassen Sie diese durch den Stadtrat oder Gemeinderat bestätigen.
 - Bei der Umrüstung von öffentlichen Gebäuden sind die bestmöglichen Energiestandards anzuwenden
 - Für neue Gebäude müssen Niedrigenergiestandards gelten.
 - Für neue und renovierte Gebäude sind nachhaltige Gebäudestandards festzusetzen.
- Bringen Sie entsprechende Finanzinstrumente für Energieeffizienzmaßnahmen ins Spiel, z.B. Energiespar-Contracting und Umlauffonds.

*Die Stadt Stuttgart (Deutschland) arbeitet mit einem **Umlauffonds** zur Investition in Energieeffizienzmaßnahmen. Die mit Energiefragen befasste Abteilung der Stadtverwaltung kommt für die Erstinvestitionskosten auf, und die anderen Abteilungen zahlen diese Kosten dann auf Grundlage der jährlich durch die Energieeffizienzmaßnahmen erzielten Einsparungen zurück. Wenn etwa die Investitionskosten für die Wärmeisolierung eines Schuldaches 20.000 Euro betragen, deckt die Energieabteilung die Investition ab, und die Schule zahlt den durch die Energieeinsparung erzielten Betrag an die Abteilung zurück; im konkreten Fall sind dies 4.000 Euro jährlich. In fünf Jahren hat sich so die Investition amortisiert, und neue Investitionen werden möglich.*

STRASSENBELEUCHTUNG

- Erarbeiten Sie einen Plan zur Verbesserung der Straßen-/ Freiraumbeleuchtung.
- Verwenden Sie nur Energiesparlampen, z.B. Natriumlampen mit geringem Stromverbrauch.
- Führen Sie Präventionsmaßnahmen durch.

Die Beleuchtung ist für einen Großteil des Energieverbrauchs und der Energiekosten von lokalen Regierungen verantwortlich. Das Einsparpotenzial bei Kapital- und Wartungskosten ist daher beträchtlich.

Obwohl energieeffiziente Alternativen anfänglich kostspieliger scheinen bzw. die Preise für solche Lampen höher sind, stellen sie letztendlich die billigere Lösung dar. Energieeffiziente Lampen haben eine bis zu 15 Mal längere Brenndauer als weniger energieeffiziente Produkte, und die Kosten amortisieren sich meist in unter sechs Jahren – die Investition ist also der Mühe wert. Zum Beispiel kostet eine 125 Watt-Quecksilberlampe jährlich 53,33 Euro im Vergleich zu 33 Euro für eine 70 Watt-Hochdrucknatriumlampe, was einer durchschnittlichen Einsparung von über 20 Euro pro Lampe entspricht.

Obwohl ihr Einkaufspreis durchschnittlich um 10 Euro billiger ist als jener für die energieeffizientere Hochdrucknatriumlampe, ist die Quecksilberlampe daher teurer im Betrieb, muss öfter ausgetauscht werden und verbraucht mehr Strom.

Die Stadt Lille (Frankreich) richtete in jüngster Vergangenheit ein Büro ein, um die mit Beschaffungsaufgaben befassten MitarbeiterInnen zu instruieren, Ersatzprodukte mit geringer Umweltbelastung anzukaufen. Einer von sechs Prioritätsbereichen in der Beschaffung betrifft die Straßenbeleuchtung.

*Mehr Informationen über energieeffiziente Beleuchtung unter:
www.elcfd.org*

ANKAUF- UND DIENSTLEISTUNGSVERTRÄGE

- Stellen Sie Kriterien für die Vertragsvergabe auf; prüfen Sie die Anforderungsprofile für Dienstleister und nehmen Sie wo möglich energetische Aspekte – wie etwa hohe Energieeffizienz – in die Profile auf.
- Bevorzugen Sie Produkte mit zertifizierten Ökolabels oder hoher Energieausbeute und begründen sie Ihre Wahl.

Die Europäische Kommission hat ein Handbuch für umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen veröffentlicht, das in konkreter Form erklärt, wie Umweltansprüche und öffentliches Beschaffungswesen miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Veröffentlichung ist in allen EU-Sprachen erhältlich:

<http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/guidelines.htm#handbook>

> Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

> 1. Lokale und regionale Regierungen als Konsumenten, Dienstleistungserbringer und Vorbilder



European Commission

GEMEINDEEIGENE FAHRZEUGE UND VERKEHRSWESEN

- Überprüfen Sie Ihren Fuhrpark und streben Sie bei der Erneuerung der Fahrzeuge nach Energieeffizienz.
- Setzen Sie Fahrzeuge mit niedrigem Schadstoffausstoß/sauberen Kraftstoffen ein.
- Für offizielle Reisen sollten Fahrzeuge mit niedrigem Schadstoffausstoß/sauberen Kraftstoffen oder Fahrräder zum Einsatz kommen.
- Stellen Sie einen Reiseplan für MitarbeiterInnen auf, z.B. sollten MitarbeiterInnen Abstellplätze für ihre Fahrräder sowie Waschmöglichkeiten vor Ort vorfinden. Fahrgemeinschaften für den Weg zum und vom Arbeitsplatz sind zu fördern.

ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL

- Modernisieren Sie Ihre Busflotte (Fahrzeuge mit niedrigem Schadstoffausstoß bzw. mit Brennstoffzellen).
- Wirken Sie Staus entgegen und fördern Sie die Verkehrsflüssigkeit durch Beschleunigung öffentlicher Verkehrsmittel (Busspuren, Bevorzugung an den Verkehrsampeln).
 - Verkehrsverbundsysteme
- Entwickeln Sie Anreize, um die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Pendler zu fördern (Rabatte, Kundenbindungsprogramme usw.).

Die Stadt Stockholm (Schweden) fördert schon seit zehn Jahren den Einsatz von sauberen Fahrzeugen. Heute besteht fast die Hälfte des städtischen Fuhrparks aus solchen Fahrzeugen und 1% der in Stockholm verkauften Pkws sind ebenfalls saubere Fahrzeuge. Stockholm versucht den Zugang der Bevölkerung zu Biokraftstoffen zu fördern, aber auch die Marktdurchdringung durch saubere Fahrzeuge anzuregen.

Die Stadt Stockholm hat sich für 2006 folgende Ziele gesetzt: 4% der in der Stadt verkauften Fahrzeuge sollen saubere Fahrzeuge sein; 60% des gemeindeeigenen Fuhrparks sollen aus solchen Fahrzeugen bestehen; falls es sich dabei um Flexible-Fuel-Vehicles handelt, sollen diese Fahrzeuge zu 80% mit Biokraftstoffen betrieben werden. Mehr Informationen: <http://www.osmose-os.org>

Lokale Beispiele

■ Im Jahr 1990 setzte sich die **Stadtverwaltung von Leicester (England)** (280.000 EinwohnerInnen) das Ziel, ihren Energieverbrauch und Kohlendioxidausstoß bis zum Jahr 2025 zu halbieren. Das Schwergewicht liegt seitdem auf der Überwachung der in der Stadt verbrauchten Energie mittels intelligenter Meßmethoden, die alle 30 Minuten Daten von öffentlichen Gebäuden sowie von einigen kleinen und mittleren Unternehmen in der Stadt an die Stadtverwaltung rückmelden. Damit werden die Vorteile des Energieverbrauchsmonitoring in Realzeit demonstriert, da Energie, Wasser und Kohlendioxid direkt eingespart werden.

Die Kosten für die Umsetzung dieses Systems betragen durchschnittlich 3.000 Pfund Sterling (4.500 Euro) pro Gebäude. Daneben sind die Software- und Personalkosten zur Gebäudeüberwachung zu berücksichtigen. Außerdem wird eine jährliche Betriebsgebühr in Rechnung gestellt, um sicherzustellen, dass die Messgeräte gewartet werden und das System korrekt funktioniert. Obwohl die Ausgaben also relativ hoch sind, ist die Stadtverwaltung von Leicester von der Kosteneffizienz überzeugt. Der Amortisierungszeitraum wird auf etwa fünf Jahre geschätzt. Anfangs ergibt sich die Einsparung aus „schnellen Gewinnen“ bei Wasser und Gas, deren Verbrauch offensichtlich häufig nur schlecht gesteuert wird. Doch zeigt sich bei längerer Überwachung, dass weitere Einsparungen möglich sind; ein zusätzlicher Vorteil ist das erhöhte Energiebewusstsein der GebäudenutzerInnen.

Mehr Informationen:

<http://www.leicester.gov.uk/housing/PDFs/EnergyMetering.pdf>

■ Die Stadt **Częstochowa (Tschenstochau in Polen)** (80.000 EinwohnerInnen) nimmt seit 2003 an einem Programm für Energie- und Umweltmanagement der polnischen Stiftung für Energieeffizienz (FEWE) teil. Das Programm beruht auf einer Datenbank öffentlicher Gebäude, welche Nutzung und Merkmale der Bauten sowie deren Energieverbrauch beschreibt.

Das Projekt führte eine wirksame Überwachung des Energie- und Wasserverbrauchs ein, was zu zahlreichen Aktionen und Verbesserungen führte, wie etwa zu einer Weiterbildung für EnergiemanagerInnen, besserer Wärmeisolierung, bedarf-orientierten Raumtemperaturen (Thermostate) und einer Reduktion der Energieverschwendung.

Eine Überprüfung der Tarifsysteme und Energiekosten in der Vergangenheit brachte unmittelbare und oft beträchtliche Einsparungen mit sich, z.B. führte eine Inspektion mehrerer Schulgebäude zur unverzüglichen Rückerstattung von 4.000 Euro beim Grundtarif sowie von 12.500 Euro für überhöhte Stromrechnungen. Das Monitoringprogramm beschäftigte sich außerdem mit Wasserverbrauch und Abfallentsorgung, und auch hier ergaben sich jährliche Einsparungen von 9.000 Euro im Bereich Wasser und 37.500 Euro bei Abfallentsorgung und -aufbereitung. Dies entspricht dem Gehalt von mindestens vier VollzeitmitarbeiterInnen in Polen und belegt, dass das Monitoringsystem äußerst kosteneffizient sein kann.

Mehr Informationen: <http://www.czestochowa.um.gov.pl>

■ **Der Großraum von Rennes (Frankreich)** besteht aus 36 Gemeinden, von denen die meisten zu klein sind, um über Eigenmittel für den Umgang mit Energieproblemen zu verfügen. Im Jahr 1997 schlug die lokale Energieagentur CLE (Conseil Local de l'Énergie) den Gemeinden einen gemeinsamen Energiemanagementdienst vor. Dieser Dienst soll:

- Energiemanagement ermöglichen, indem Energierechnungen und Energieverträge überprüft werden, um zu klären, ob sie dem tatsächlichen Energiebedarf entsprechen;
- den Energieverbrauch durch verbesserte Energieprogrammerstellung und -bestimmungen senken;
- in den verschiedenen Gemeinden Aktionen durchführen, um das Energiebewusstsein der KonsumentInnen zu erhöhen und gewählte VertreterInnen über Planungs- und

> Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

> 2. Lokale und regionale Regierungen als Planer, Entwickler und Regulierungsbehörden

Weiterbildungsmöglichkeiten für Gemeindebedienstete zu informieren.

Das Verfahren umfasst die Überwachung des Energiebedarfs in der jeweiligen Gemeinde über einen Zeitraum von zwei Monaten. Daraufhin wird ein Bericht erstellt und dem Stadtrat sowie den technischen MitarbeiterInnen der Gemeinde vorgelegt. Dieses Dokument soll Bewusstsein bilden und

es gewählten VertreterInnen leichter machen, Richtlinien für Umsetzungsmaßnahmen festzulegen. Die Kosten für den Dienst betragen 0,6 Euro pro EinwohnerIn in Jahr. Die Gemeinden des Großraums sind mit diesem Service wie auch mit der durchschnittlichen Energieeinsparung von 25 kWh pro EinwohnerIn und Jahr (entspricht 2,5 Euro pro EinwohnerIn und Jahr) sehr zufrieden.

Mehr Informationen: www.energie-cites.org

2. Lokale und regionale Regierungen als Planer, Entwickler und Regulierungsbehörden

Flächennutzungspläne und Verkehrsorganisation fallen in den Aufgabenbereich fast aller lokalen und regionalen Körperschaften. Strategische Entscheidungen betreffend die Stadtentwicklung – z.B. der Kampf gegen Zersiedelung – vermindern den für den Verkehr erforderlichen Energieeinsatz. Ausgewogene Wohnbau-, Dienstleistungs- und Arbeitsangebote (Mischnutzungen) in der Stadtplanung können Mobilitätsverhalten wie Energieverbrauch der Bürgerschaft beeinflussen. Lokale und regionale Körperschaften können nachhaltige Mobilitätspläne entwickeln und den Wechsel hin zu nachhaltigeren Verkehrsmitteln fördern.

Lokale und regionale Körperschaften können weiters die Rolle einer Regulierungsbehörde spielen, etwa indem sie Energieleistungsstandards für neue Gebäude festsetzen. Darüber hinaus können sie den Einsatz erneuerbarer Energiequellen bzw. kosteneffiziente und nachhaltige Bautechniken fördern oder die Nutzung erneuerbarer Energien festschreiben. Außerdem können lokale und regionale Körperschaften Verwaltungshürden beseitigen und durch vereinfachte Genehmigungsverfahren den Einsatz erneuerbarer Energiequellen z.B. bei der Gebäudeheizung anregen.



Der Londoner Borough of Merton (Großbritannien) sieht in seinem Planungsrecht vor, dass alle neuen Industrie-, Lager-, Büro- und Arbeits- bzw. Wohnbauten einer bestimmten Größe, welche außerhalb denkmalgeschützter Zonen liegen, Systeme für die Erzeugung erneuerbarer Energie aufweisen und mit diesen mindestens 10% des erwarteten Energieaufwands generieren müssen.

Vorschläge für Aktionen und Maßnahmen

STADTPLANUNG

- Setzen Sie in Ihrer Planung (Flächennutzung, Stadt- und Verkehrsplanung) auf Energiekriterien.
- Fördern Sie Mischnutzungen (ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbau, Dienstleistungssektor und Arbeitsplätzen).
- Versuchen Sie in Ihrer Stadtplanung, Zersiedelungstendenzen zu vermeiden.
 - Senken Sie den Bedarf an Neubauten, insbesondere in bisher unbebauten Gebieten.
 - Vermeiden Sie die Errichtung von Einkaufszentren am Stadtrand.
 - Entwickeln und revitalisieren Sie Industriebrachen.
 - Stadtentwicklungsgebiete sollten mit bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.
- Planen Sie autofreie Zonen bzw. Zonen mit nur geringfügigem Kfz-Verkehr durch Sperrung bestimmter Gebiete für den Autoverkehr, Einführung verpflichtender Mautsysteme usw.
- Verkehrsplanung
 - Bevorzugung von Rad- und Fußwegen
 - Beschränkung privater Parkplätze am Arbeitsplatz

STADTENTWICKLUNG

- Weisen Sie bevorzugte Bereiche für Kraft-Wärme-Kopplung, Fernheizsysteme und erneuerbare Energiequellen aus.
- Fördern Sie Solarheizungen in der Stadtplanung, etwa durch Planung von Neubauten mit optimaler Sonneneinstrahlung (gilt auch für im Norden gelegene Gebiete!).
- Fördern Sie die Energieleistung von Neubauten.
 - Erarbeiten Sie ein Informationspaket kosteneffizienter und nachhaltiger Baumaßnahmen und nehmen Sie diese in die Planungs- und Genehmigungsunterlagen auf.
 - Regen Sie beim Verkauf gemeindeeigener Grundstücke die Anwendung von Energieleistungskriterien an und machen Sie dies falls möglich zu einer fixen Auflage.
- Fördern Sie erneuerbare Energiequellen bei Neubauten.
 - Fördern Sie den Einsatz hocheffizienter Solar-/Wärmepumpen usw.
 - Beseitigen Sie Verwaltungshürden für den Einsatz erneuerbarer Energiequellen.
- Entwickeln Sie Pilotprojekte, z.B. für kohlendioxidfreie Siedlungen und Passivhäuser, d.h. (fast) heizungsfreie Gebäude.

Schlüsselkonzepte

Passivhäuser sind Gebäude mit den folgenden Merkmalen: 40 cm Isolierung auf dem Dach, 30 cm Isolierung an den Wänden, Dreifachverglasung. Unter deutschen Witterungsverhältnissen beträgt der Wärmebedarf solcher Gebäude weniger als 10 kWh/m², was bedeutet, dass sie ohne Standardheizsysteme beheizt werden können – Belüftung sowie eine Wärmepumpe sind ausreichend. Der Wärmeverbrauch eines Passivhauses beträgt 15 kWh/m² gegenüber 70 kWh/m² eines Neubaus (deutsche Normen). Dabei sind die Zusatzkosten eines Passivhauses im Vergleich zu herkömmlichen Gebäuden weniger als 10% höher. Mehr Informationen: www.passiv.de

Kohlendioxidfreie Siedlungen erfordern die Umrüstung von Bezirken oder ganzen Gemeinden, so dass diese keine fossilen Brennstoffe mehr benötigen. Dieses Ziel kann z.B. erreicht werden, indem man die Wärmeisolierung verbessert (was auch den Komfort erhöht) und den lokalen Energiebedarf mit erneuerbaren Energiequellen abdeckt. Erneuerbare Energie kann in einem Kraft-Wärme-Werk erzeugt werden, das mit Biomasse oder anderen erneuerbaren Energiequellen betrieben wird, wie etwa photovoltaischen Solareinrichtungen, was wiederum von den lokalen Bedingungen abhängt.

Lokale Beispiele

■ Um die Nutzung von Solarenergie zur Heißwasserbereitung zu fördern, erließ die **Stadt Barcelona (Spanien)** eine lokale Solarverordnung, die vorsieht, dass alle Neubauten bzw. zur Renovierung anstehenden Gebäude Solarenergie für die Aufbereitung von 60% ihres Heißwasserbedarfs generieren müssen. Diese Verordnung wurde vom Stadtrat von Barcelona im Juli 1999 erlassen und trat im August 2000 in Kraft. In der Folge nahmen auch viele andere Gemeinden Kataloniens sowie Städte in anderen Regionen Spaniens diese Regelung an. Durch ein im Jahr 2005 in Kraft getretenes Gesetz gilt diese Verpflichtung mittlerweile für das ganze Land. Dies belegt klar, dass lokale Initiativen Aufnahme in einen nationalen Rechtsrahmen finden können.

Die Energieagentur von Barcelona führt ein laufendes Evaluierungsprogramm durch, um die effiziente Umsetzung der Solar-/Wärmeverordnung weiter zu fördern und zu überwachen. Seit dem Inkrafttreten dieser Rechtsnorm ist die Anzahl der Genehmigungsanträge für den Einbau von Solarzellenplatten auf eine Gesamtplattenfläche von 20.000 m² gestiegen (zwölf Mal so viel wie im Jahr 2000). Der so ersparte Energieaufwand beträgt über 15.000 MWh/Jahr, die Senkung des Kohlendioxidausstoßes fast 3.000 Tonnen CO₂/Jahr.

Mehr Informationen: <http://www.barcelonaenergia.com/homeeng.htm>

■ Als Teil eines allgemeinen Erneuerungsplans wird eine Solarsiedlung mit 121 durch Sonnenenergie betriebenen Wohneinheiten für den Primrose Hill-Bezirk von **Kirklees (Großbritannien)** entwickelt. Die Solareinrichtungen werden 20% des Strombedarfs sowie 50-60% des Heißwasserbedarfs der BewohnerInnen abdecken. Das Projekt wird sowohl die Stromrechnungen der MieterInnen als auch den Kohlendioxidausstoß reduzieren (über 50 Tonnen pro Jahr), hat bereits soziale und wirtschaftliche Vorteile geschaffen, wird sehr gut von den BewohnerInnen angenommen und sorgt für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze im Bereich der Photovoltaik. Das Projekt erzeugt insgesamt 400 kW an photovoltaischer Energie in Kirklees, was 4,9% der gesamten britischen Solarenergie durch Photovoltaik entspricht (für das Jahr 2004), und belegt dadurch die Dimensionen dieses Vorhabens. In einer nächsten Phase sollen Solareinrichtungen in den neu errichteten Wohneinheiten der Yorkshire Housing Group vorgesehen werden. Mehr Informationen: www.emasnetwork.org/en/about/bestpractice

■ Die dänische Regierung ernannte die **Stadt Odense** (185.000 EinwohnerInnen) zur offiziellen „Fahrradstadt“ des Landes (1999-2002) und gewährte der Gemeinde eine Subvention zur Umsetzung dieses auf vier Jahre angesetzten Projekts. Die 50 Unterprojekte stellten auf besseren Zugang für RadfahrerInnen, bessere und sicherere Parkmöglichkeiten für Fahrräder und Dienstleistungen für RadfahrerInnen – etwa Trinkwasser und Fahrradpumpen – ab. Infolge dieses sehr intensiven Projekts werden nunmehr 25% aller Fahrten in Odense per Rad unternommen. Der Gebrauch von Fahrrädern in Odense hat um 20% zugenommen; mehr als die Hälfte der Fahrten werden von AutofahrerInnen unternommen, die auf dieses Transportmittel umgestiegen sind. Auch im Gesundheitsbereich sind die Vorteile des Projekts erstaunlich. Es wurden konkrete Einsparungen von 1,9 Mio. Euro nachgewiesen. Jedoch sind diese Vorteile nicht nur finanzieller Natur: Die Anzahl der Fahrradunfälle hat um 20% abgenommen, und das Projekt generierte 500 Jahre zusätzlicher Lebenszeit für die EinwohnerInnen der Stadt. Mehr Informationen: <http://www.cyclecity.dk>



> Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

> 2. Lokale und regionale Regierungen als Planer, Entwickler und Regulierungsbehörden

■ Das im nordöstlichen Ungarn gelegene **Nyiregyhaza** (120.000 EinwohnerInnen) ist die siebtgrößte Stadt des Landes. Fast ein Drittel des Gebäudebestandes wurde in den sechziger und siebziger Jahren in industrieller Fertigung als Plattenbauten errichtet. Der Energieverbrauch dieser Häuser ist äußerst hoch, da sie sehr schlecht isoliert sind und zahlreiche Wärmebrücken, geringe Luftdichtigkeit und erhöhte Wasserdurchsickerung aufweisen. Die Vernachlässigung des Baubestandes führte außerdem zu akuten sozialen Problemen sowie zum Entstehen benachteiligter Zonen.

Um den Wohnstandard der BewohnerInnen zu verbessern und die Betriebskosten zu senken, beschloss die Stadt, das Fernheizsystem und den Wohnungsbestand zu modernisieren. Als erster Schritt wurde im Jahr 1997 das „Eröffnungsprogramm“ gestartet, um die Niedervolt-Verteilerschaltkreise für über 12.800 Wohneinheiten zu erneuern, was zu beträchtlich vermindertem Energieverbrauch und maximalem Finanznutzen in Verbindung mit möglichst geringem Investitionsvolumen führen sollte. Die zweite Phase 2001 bestand in einer grundlegenden Umrüstung der Wohnblocks („Plattenbauprogramm“). Da jedoch ein

Großteil der Wohneinheiten in Privatbesitz stehen, musste eine Einigung über die Finanzierung erzielt werden. Die Lösung lag in einer Aufteilung des Finanzierungsaufwands: Die Umrüstung wurde jeweils zu einem Drittel vom Staat, dem Stadtrat und den EigentümerInnen übernommen. Das Programm erwies sich als erfolgreich: Bereits 68 Wohnblocks (2.890 Wohneinheiten) wurden effizient umgerüstet, und es ist geplant, weitere 129 Wohnblocks zu modernisieren.

Eine Evaluierung dieser umfangreichen Umrüstungsmaßnahmen belegt, dass in den modernisierten Gebäuden eine Gesamteinsparung von 68% erzielt werden kann; die Erneuerung der Heizanlagen allein resultierte in einer Einsparung von 46%, der Austausch der Fenster brachte weitere 13%, und die Fassadenisolierung zusätzliche 9%. Aufgrund dieses beträchtlichen Einsparpotenzials und der Verbesserung des Zustands und Marktwerts der umgerüsteten Wohneinheiten hat das öffentliche Interesse an diesem Programm und an Energieeffizienz überhaupt stark zugenommen.

Mehr Informationen: www.energie-cites.org

Das Beacon-Programm (England und Wales) für nachhaltige Energie wurde eingerichtet, um Best Practices im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen unter lokalen Regierungen zu verbreiten. Dieses Programm besteht seit 1999 und bietet jedes Jahr eine erfolgreiche und positive Form der Anerkennung besonderer Leistungen, macht Best Practices bekannt und ermöglicht es den Gemeinden voneinander zu lernen. Mehr Informationen: www.idea.gov.uk/beacons

■ Im Rahmen der **Bezirksverwaltung von Carrick (England)** wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Beacon-Siedlung von Falmouth – früher eine der sozial am stärksten benachteiligten Zonen Cornwalls – im Rahmen der Revitalisierungspartnerschaft („Regeneration Partnership“) des Beacon-Programms durchgeführt. Jede Wohneinheit der Siedlung wurde einem Energiecheck unterzogen und eine Entscheidung für die am besten geeigneten Energieeffizienzmaßnahmen getroffen. Die Isolierung von Dachböden, Außen- und

Hohlwänden sowie der Einbau einer Zentralheizung wurden als jene Maßnahmen ausgewählt, die am schnellsten und wirksamsten die Energieverschwendung innerhalb der Siedlung drosseln würden. Weitere Maßnahmen wie Doppelverglasung und Abdichtung gegen Zugluft waren bereits im Rahmen anderer Programme verfügbar. Die BewohnerInnen konnten zwischen verschiedenen Oberflächengestaltungen und Farben wählen. Nach Durchführung der Arbeiten wurde jeder Haushalt zusätzlich über energiesparende Maßnahmen informiert. Ein

> Wie können lokale und regionale Körperschaften tätig werden?

> 3. Lokale und regionale Regierungen als Konsulenten und Motivatoren

alle zwei Monate erscheinender Newsletter sowie Broschüren wiederholten diese Botschaften regelmäßig.

Nachfolgend einige der wichtigsten Ergebnisse: In 900 Wohneinheiten wurde die Energieeffizienz verbessert; Zentralheizung und Isoliermaßnahmen wurden im ersten Jahr in 300 Wohnungen eingebaut, und eine Gesamtsumme von 274.000 Euro (186.000 Pfund Sterling) wurde bei den Energiekosten eingespart. Die Revitalisierungspartnerschaft ist der Ansicht, dass noch mehr Veränderungen auf diesen Wohnungsumbau zurückzuführen sind: Der Gesundheitsstatus der EinwohnerInnen hat sich verbessert – z.B. hat die Anzahl der Asthmakranken um 50% abgenommen, und

Schuluntersuchungen vor Ort weisen bei Jungen eine Verbesserung des körperlichen Zustands von 100% auf. Die Verbrechensrate ist drastisch zurückgegangen, insbesondere bei Gewaltdelikten innerhalb der Familie; die Anzahl gefährdeter Kinder laut dem „Risikokataster“ hat merklich abgenommen. Akte von Vandalismus waren noch nie so selten, die lokale Arbeitsmarktlage hat sich verbessert, mehr Menschen möchten in die Siedlung ziehen, und schließlich kam es auch zu einem deutlichen Erstarren des Gemeinschaftsgefühls.

Mehr Informationen:

<http://www.idea-knowledge.gov.uk/idk/aio/650659>

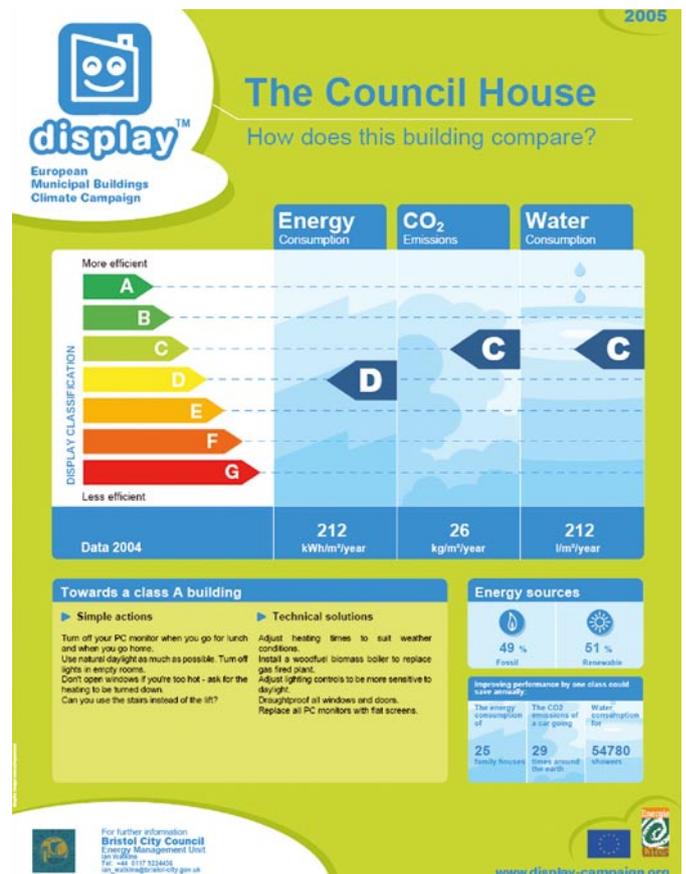
und <http://www.csep.co.uk>

3. Lokale und regionale Regierungen als Konsulenten und Motivatoren

Lokale und regionale Körperschaften können dazu beitragen, EinwohnerInnen, Unternehmen usw. über effizientere Energienutzungen zu informieren und zu motivieren. Abgesehen von den niedrigeren Energiekosten für KonsumentInnen führt intelligenter Energieverbrauch zu höherer Lebensqualität durch verbesserten Komfort und zu mehr Gesundheit durch bessere Raumluft.

Die Öffnung der EU-Strommärkte bedeutet, dass nun jedes Unternehmen und jeder Privatkunde seinen Energieversorger selbst wählen kann. Lokale und regionale Körperschaften können hier Informationen anbieten, um Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu bevorzugen. Außerdem können Programme für den lokalen Einsatz erneuerbarer Energielösungen – z.B. Solarzellenplatten, Erdwärme oder Windenergie – gefördert und subventioniert werden.

Bewusstseinsbildung ist wichtig, um die Gemeinschaft als Ganzes zur Unterstützung einer nachhaltigen Energiepolitik zu motivieren. Publikationen, Veranstaltungen und Kampagnen können sich als nützliche Instrumente erweisen, um zu BürgerInnen und Organisationen vor Ort durchzudringen. Kinder sind eine wichtige Zielgruppe für Projekte, die auf sparsame Energienutzung und erneuerbare Energie abstellen, da sie das Erlernte auch außerhalb des Schulumfelds kommunizieren.



Vorschläge für Aktionen und Maßnahmen

BERATUNG UND AUFKLÄRUNG

- Bieten Sie Beratung über Energiefragen, Baugenehmigungsanträge, Abfallwirtschaft und Mobilitätsthemen an.
- Fördern Sie Schul- und andere Demonstrationsprojekte für sparsame Energienutzung und Klimaschutz.
- Informieren Sie PlanerInnen, ArchitektInnen und sonstige Fachleute in diesem Bereich und bieten Sie Weiterbildungsmöglichkeiten an.
- Schaffen Sie entsprechende Anreize, etwa durch Subventionsprogramme für Energieeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energiequellen usw.

BEWUSSTSEINSBILDUNG UND KAMPAGNEN

- Heben Sie das Problembewusstsein durch Veröffentlichungen, Meldungen in lokalen Zeitungen und die Organisation spezieller Veranstaltungen.
- Nehmen Sie an interessanten Initiativen auf europäischer Ebene teil – z.B. der Europäischen Display™-Kampagne oder der Europäischen Mobilitätswoche – und setzen Sie diese

ein, um das Bewusstsein für Energie- und Verkehrsfragen in Ihrer Gemeinde zu schärfen.

- Stellen Sie sicher, dass erfolgreiche lokale Projekte Publizität erhalten, damit auch andere Akteure daraus lernen können.

KOOPERATIONEN UND PARTNERSCHAFTEN

- Gehen Sie Partnerschaften mit lokalen Persönlichkeiten und Organisationen ein, z.B. mit BürgerInnen, Wohnbaugesellschaften, Unternehmen, landwirtschaftlichen und Forstbetrieben usw.
- Schaffen Sie starke Partnerschaften mit lokalen und regionalen Energieagenturen, die über Erfahrung auf dem Gebiet des Energiemanagements verfügen.
- Kooperieren Sie mit anderen lokalen und regionalen Körperschaften im In- oder Ausland und tauschen Sie Erfahrungen aus.

Lokale Beispiele

■ In der Überzeugung, dass ein nachhaltiger Entwicklungsansatz praxisorientiert und erfolgreich in den städtischen Alltag eingegliedert werden muss, begründete die **Stadt Tampere (Finnland)** (200.000 EinwohnerInnen) Moreenia, ein Zentrum für die städtische Umwelt. Diese neue Organisation wurde von der Stadt Tampere und einer regionalen Abfallwirtschaftsgesellschaft ins Leben gerufen und wird zusammen mit den anderen öffentlichen Diensten und Unternehmen der Gemeinde finanziert. Das Zentrum bietet Informationsdienste an und organisiert Weiterbildungsveranstaltungen, Seminare und Events, wie etwa die Europäische Mobilitätswoche, den Europaweiten Autofreien Tag und die Energiesparwoche, für die Stadt.

Zusammen mit der Bildungsabteilung der Stadt wurden eine spezielle Vorlesung sowie eine Ausstellung über Klimawandel und Energienutzung für alle Kinder der 6. Schulstufe in Tampere entwickelt. Das Zentrum verfügt weiters über eine Küche, in die Kinder im Rahmen des Hauswirtschaftunterrichts lernen, wie man Strom und Wasser sparen kann. Darüber hinaus wurde eine kleine Bibliothek eingerichtet, die auch Internetdienste mit Informationen, Spielen oder Quizprogrammen anbietet, z.B. „Berechne Deinen ökologischen Fußabdruck“.

Die Europäische Display™-Kampagne regt Gemeinden an, die Energie- und Umwelteffizienz ihrer Gebäude öffentlich auszuhängen. Das System beruht auf dem bekannten Energielabel für Haushaltsgeräte. Die Kampagne soll das öffentliche Interesse an Energie- und Klimafragen in kommunikativer und erzieherischer Weise steigern. Es geht dabei darum, den BürgerInnen eine klarere Vorstellung von ihrem Energieverbrauch zu vermitteln, Energiekonsum und Treibhausgasemissionen zu senken und finanzielle Einsparungen zu erzielen.

Mehr Informationen: www.display-campaign.org

■ Mit der Display™-Kampagne versucht die **Gemeinde Almada (Portugal)** (160.000 EinwohnerInnen) die Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG) in Portugal vorwegzunehmen. Der Stadtrat zielt darauf ab, das Bewusstsein der GebäudenutzerInnen zu erhöhen, indem sie über ihren Energie- und Wasserverbrauch auf dem Laufenden gehalten werden. Im Juni 2004 wurde das erste Display-Poster in der Pragal-Volksschule ausgehängt; weiters wurde die Kampagne bei einer landesweiten Konferenz lokaler Energieagenturen bekannt gemacht und ein Artikel in einer nationalen Fachzeitschrift für Gemeinden und Städte veröffentlicht. Seitdem wurden zahlreiche weitere Gebäude einer Prüfung unterzogen und Display-Poster vor allem in Schulen ausgehängt.

Die Bekanntmachung der Energieeffizienz von Gebäuden auf Postern im A2-Format motivierte etliche BürgerInnen, ihren Energiekonsum zu überdenken, vor allem Kinder, die auch zu Hause erzählen, was sie in der Schule gelernt haben. Darüber hinaus ist die Kampagne für Energiefachleute von Interesse. Sie stellt ein Berechnungsinstrument bereit, das zur Überwachung der Energieeffizienz eines Gebäudes eingesetzt werden kann und sich daher für das Energiemanagement von Gebäuden als nützlich erweist. Die Kampagne zog Verbesserungen in der Organisation technischer Daten nach sich – ein notwendiger Schritt für die Erstellung jedes Gebäudeenergieprofils.

Mehr Informationen:

http://www.display-campaign.org/page_142.html

Der vom Klima-Bündnis ins Leben gerufene Preis „Climate Star“ zeichnet beispielhafte Aktivitäten im Kampf gegen den Klimawandel auf lokaler Ebene aus und lenkt die Aufmerksamkeit auf in Europa gemachte Erfahrungen und Erfolge. Neben der Auszeichnung hervorragender Leistungen fördert der Preis den Austausch zwischen lokalen und regionalen Körperschaften.

Mehr Informationen: <http://www.climate-star.net>

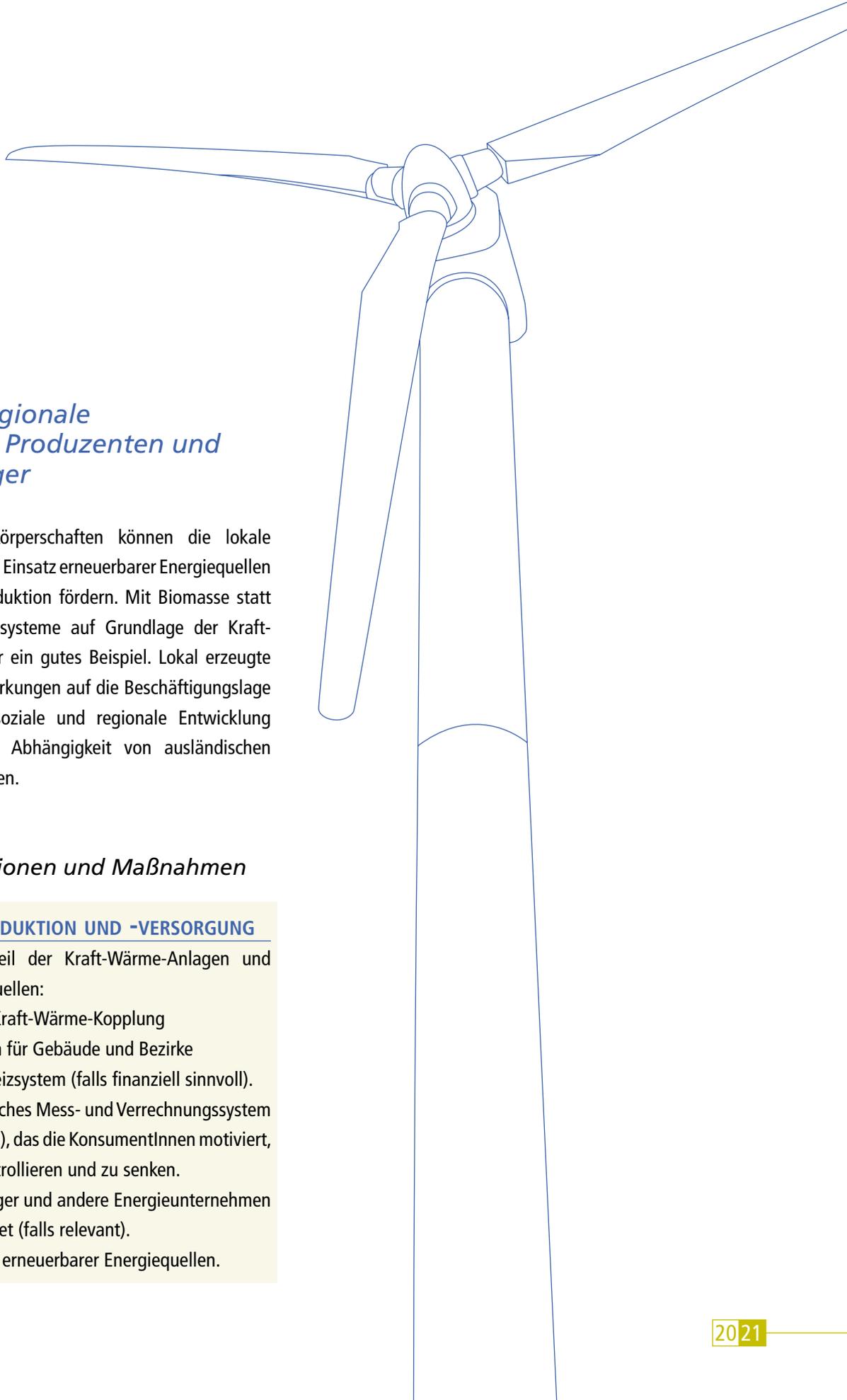
4. Lokale und regionale Regierungen als Produzenten und Leistungserbringer

Lokale und regionale Körperschaften können die lokale Energieproduktion und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen in der lokalen Energieproduktion fördern. Mit Biomasse statt Erdöl betriebene Fernheizsysteme auf Grundlage der Kraft-Wärme-Kopplung sind hier ein gutes Beispiel. Lokal erzeugte Energie hat positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage vor Ort sowie auf die soziale und regionale Entwicklung und trägt dazu bei, die Abhängigkeit von ausländischen Energieressourcen zu senken.

Vorschläge für Aktionen und Maßnahmen

LOKALE ENERGIEPRODUKTION UND -VERSORGUNG

- Erhöhen Sie den Anteil der Kraft-Wärme-Anlagen und erneuerbaren Energiequellen:
 - Fernheizsysteme mit Kraft-Wärme-Kopplung
 - Kleinere Heizsystemen für Gebäude und Bezirke
- Erweitern Sie Ihr Fernheizsystem (falls finanziell sinnvoll).
- Entwickeln Sie ein einfaches Mess- und Verrechnungssystem (für Strom, Gas, Heizung), das die KonsumentInnen motiviert, ihren Verbrauch zu kontrollieren und zu senken.
- Überwachen Sie Versorger und andere Energieunternehmen in Ihrem Gemeindegebiet (falls relevant).
- Fördern Sie den Einsatz erneuerbarer Energiequellen.



Lokale Beispiele

■ Ende 1999 gab die **Stadt Stuttgart (Deutschland)** eine Untersuchung in Auftrag, die klären sollte, wie in der Stadt anfallende Holzabfälle zur Heizung gemeindeeigener Gebäude genützt werden könnten. Jedes Jahr fallen in den Parks und Grünflächen der Stadt Stuttgart (590.000 EinwohnerInnen) ca. 60.000 m³ Abfallstoffe (Baum- und Buschabschnitte) an. Diese Abfälle werden zerkleinert und dann entweder entsorgt oder in städtischen Parks verwendet. Etwa 30% des Holzanteils sind zu Heizzwecken geeignet. Durch die Nutzung dieser Holzabfälle als Energieressource können die Entsorgungskosten beträchtlich gesenkt werden.

Mehrere Kriterien mussten berücksichtigt werden, um geeignete Örtlichkeiten für die Aufstellung von Holzhackschnitzelbrennern zu finden. Da die Investitionskosten für klein dimensionierte Anlagen recht hoch sind, wurden lediglich Brenner mit einem Jahresverbrauch von über 1000 MWh in Betracht gezogen; weil Hackschnitzelbrenner beträchtlich größer als handelsübliche Gaskessel sind, waren überdies mehrere einschränkende Faktoren zu bedenken: Die Gebäude mussten über eine Einfahrt für Schwerlasten in ihr Holzlager verfügen, das Kesselhaus musste groß genug für einen Holzhackschnitzelbrenner sein, und auch die Schornsteingröße war bedeutsam. Nach den erforderlichen Analysen wurden drei Holzhackschnitzelbrenner für eine Berufsschule, ein städtisches Glashaus mit einem 10.000 m² großen beheizten Bereich und eine Schwimmhalle empfohlen, von der aus außerdem noch ein Schulgebäude und eine Feuerwehration beheizt werden.

Die drei mit Holz befeuerten Systeme erzeugen 7.000 MWh Wärmeenergie jährlich. Der durch die Holzhackschnitzelbrenner abgedeckte Anteil beträgt ca. 80%, wodurch der Verbrauch fossiler Brennstoffe um 75% gesenkt wurde. Im Vergleich zu den früheren Energiekosten bedeutet dies eine Senkung des Stromtarifs um etwa 217.000 Euro jährlich. Werden die

zusätzlichen Aufwendungen für Ascheentsorgung, Betrieb, Reparaturen und Wartung berücksichtigt, entspricht die Nettoeinsparung noch immer 200.000 Euro pro Jahr. Die Gesamtinvestitionskosten betragen 2,1 Mio. Euro, weshalb der Amortisationszeitraum mit ungefähr zehn Jahren anzusetzen ist. Diese Analyse belegt, dass der Einsatz von Holz als Brennstoff nicht auf ländliche Gebiete beschränkt ist.

■ **Die Stadt Wuppertal (Deutschland)** (360.000 EinwohnerInnen) nützt das städtische Wasserwerk zur Stromerzeugung. In Zukunft wird die Stadt in der Lage sein, unter Zuhilfenahme der beiden Staustufen und Wasserrohre des Wasserwerks etwa 1,3 Mio. kWh/a Wasserkraft zu produzieren. Im Jahr 2003 ergab eine Machbarkeitsstudie, dass es sinnvoll wäre, auch zwei nahe gelegene Staustufen, die der städtischen Wasserversorgung dienen, zur Stromerzeugung zu nutzen. Das Gefälle der Rohrleitungen und der Wasserdurchsatz sind ausreichend für drei neue Wasserkraftwerke. Eine Anlage liefert bereits Strom; die anderen werden 2006 betriebsbereit sein. Dieses Projekt beweist, wie alternative Ansätze neue Chancen erschließen können. Für die Wuppertaler Wasserunternehmen ist die Energieproduktion so zu einer umweltfreundlichen Nebentätigkeit geworden.

■ **Die Stadt München (Deutschland)** wurde 2005 als deutsche „Hauptstadt der Energieeffizienz“ geehrt. Als Teil eines umfassenden Klimaschutzprogramms bietet die Stadt die Dachflächen gemeindeeigener Gebäude für private Investitionen in Photovoltaikanlagen an. Die Stadt hat ein Ausschreibungskonzept zur Auswahl von Investoren für diese öffentlichen Dachflächen erarbeitet, das auch BürgerInnengruppen offen steht. Bewerben sich mehrere Interessenten um eine Dachfläche, wird der Ausschreibungssieger per Los ermittelt. Die Nutzer unterzeichnen einen Vertrag, der es ihnen gestattet, die Dachfläche unter bestimmten Bedingungen

zu nutzen; sie bezahlen eine Kautions für den Vertragszeitraum, sind verantwortlich für die Zustandsüberprüfung der Dachfläche und müssen ein gut einsehbares Display auf dem Dach montieren. Die Dachflächen werden mietfrei vergeben. Dieses Konzept hat die Möglichkeiten für Investitionen in Photovoltaikanlagen verbessert, da das Verfahren zur Investorenauswahl früher von vielen öffentlichen und privaten Eigentümern und Verwaltern von Dachflächen als ein Hindernis für die Nutzung dieser Flächen zur Erzeugung von Solarenergie betrachtet wurde.

■ **Die nördlichen Provinzen der Niederlande** betreiben ein Projekt, das 22 verschiedene Arten kleinformatiger Windturbinen herstellt. Dieses Pilotvorhaben wird von drei Provinzen (Groningen, Friesland und Drenthe) sowie sechs Windturbinenherstellern in Kooperation durchgeführt und soll die Chancen für die Einführung kleinformatiger Windturbinen in den Niederlanden erkunden. Aufgrund der verschiedenen Örtlichkeiten, an denen die Turbinen installiert sind, bietet das Projekt auch eine gute Gelegenheit, um technische Genehmigungsverfahren im Bauwesen praktisch zu testen. Auf Basis der so gemachten Erfahrungen ist das Projekt in der Lage, politische Empfehlungen zur Frage der Einführung neuer Technologien auf lokaler und regionaler Ebene abzugeben.

Überprüfung der Fortschritte

Es ist sinnvoll, die im Energiemanagement erzielten Fortschritte ständig einer quantitativen Überprüfung zu unterziehen. Mittels einer kleinen Anzahl von Indikatoren können lokale und regionale Körperschaften ihre Leistungen bewerten und den weiteren Handlungsbedarf bestimmen.

ENERGIEMANAGEMENT

- Energieverbrauch öffentlicher Gebäude (durchschnittlicher Energieeffizienzindex, in $\text{KWh/m}^2/\text{Baukategorie}$)
- Gesamtstromverbrauch (in m^2/Jahr)
- Anteil des durch zertifizierten Ökostrom abgedeckten Stromverbrauchs in öffentlichen Gebäuden (in %)
- Energiemanagementbudget der Gemeinde (in Euro/EinwohnerIn/Jahr)

LOKALE ENERGIEPRODUKTION UND ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN

- Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Energieproduktion von Stadtwerken (in %)
- Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung am Gesamtstromverbrauch (in %)
- Installierte Fläche von Sonnenkollektoren (in $\text{m}^2/1.000$ EinwohnerInnen)
- Energie aus Biomasse; installierte Kapazität in a) Kraft-Wärme-Anlagen b) Heizanlagen (in $\text{kW}/1.000$ EinwohnerInnen)

PLANUNG

- Designierte neue Erschließungsgebiete, in denen der Einsatz erneuerbarer Energiequellen als Priorität oder verpflichtende Auflage gilt (in %)

VERKEHR

- Anteil aller mit dem Pkw unternommenen Fahrten (in %)
 - Auslastung der öffentlichen Nahverkehrssysteme

Mehr Informationen zu Monitoring und Evaluierung von Energie- und Klimaschutzplänen und -programmen:

Methoden des Klima-Bündnisses:

<http://www.climatealliance.org>

European Climate Menu:

<http://www.climatemenu.com>

AIM Solarcity (Monitoringsystem für erneuerbare Energiequellen):

<http://www.aim-solarcity.net/basics/intro.html>

4. Klimaschutz

Immer mehr lokale und regionale Körperschaften haben begonnen, umfassende Klimaschutzprogramme oder Klimastrategien zu entwickeln. Sie unterzeichnen Verpflichtungserklärungen und Aktionspläne, die eine umfassende Reaktion auf den Klimawandel darstellen; dazu zählen auch die Festsetzung von Zielwerten für die Emissionsreduktion sowie von lokalen Schwerpunkten und Aktionen, um die Auswirkungen von Wetterveränderungen zu bekämpfen, z.B. in Form von Aufklärungsprogrammen über den Klimawandel oder durch verbesserte Notfallpläne.

Energierrelevante Ziele und Aktionen sind stets ein wichtiger Teil dieser Programme und Politiken. Die Beschäftigung mit Fragen der nachhaltigen Energie ist eine konkrete Methode, um den Klimaschutz auf lokaler Ebene anzustoßen. Die Rollen der lokalen und regionalen Regierungen und die in diesem Handbuch beschriebenen Maßnahmen erstrecken sich auch auf die Klimapolitik.

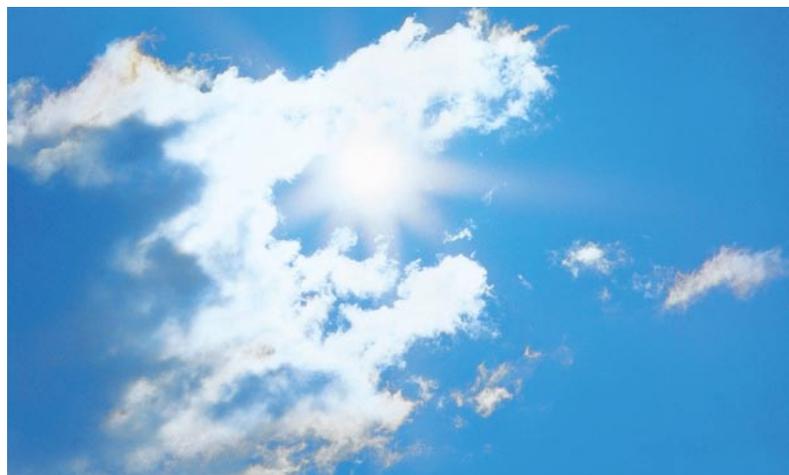
Allerdings sollte eine umfassende Klimapolitik auch die globalen Auswirkungen des lokalen Energieverbrauchs in Betracht ziehen, Aktionen in Politikbereichen wie z.B. Abfallwirtschaft und Landwirtschaft umfassen und darüber hinaus das Bewusstsein für Klimaaspekte in Fragen der Bodennutzungsplanung,

der Erschließung und des Bauwesens schärfen. Lokale und regionale Körperschaften, die extremen Witterungsbedingungen ausgesetzt sind, sollten beispielsweise prüfen, wie sie sich besser anpassen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel erhöhen könnten.

Mehr Informationen über den Umgang mit relevanten Bereichen der lokalen Klimapolitik und über die Initiierung eines Prozesses für Politiken und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel finden Sie unter:

<http://www.climate-compass.net>

<http://www.climatealliance.org>



Unterstützung durch nationale Regierungen – Das Beispiel der Niederlande

Nationale Rahmenprogramme können sich als sehr wertvoll erweisen und lokale Aktionen sowohl praktisch als auch finanziell unterstützen. Die niederländische Regierung hat einen Mechanismus zur Förderung lokaler Klimastrategien ins Leben gerufen.

In den Niederlanden beruht die von den Gemeinden verfolgte Klimapolitik auf einer Vereinbarung zwischen der Zentralregierung und den Vertretungen der Gemeinden und Provinzen. Das Ministerium für Wohnbau, Raumplanung und Umwelt gewährt Subventionen und schafft so verbesserte Kapazitäten für die Umsetzung von Klimapolitik in den Gemeinden.

Aufgrund der verschiedenen Größe und Situation der einzelnen Gemeinden können diese selbst entscheiden, auf welche Bereiche sich ihre Klimapolitik konzentrieren soll. Die hauptsächlichen Schwerpunkte lokaler Klimaprogramme sind gemeindeeigene Gebäude und Einrichtungen, Wohnbau, Unternehmen, Landwirtschaft, Verkehr, nachhaltige Energie und internationale Aktivitäten. Weiters definieren die Gemeinden die Zielsetzungen ihrer Politik; es wird zwischen aktiver Politik, Leitpolitik und innovativer Politik unterschieden.

Das nationale Rahmenprogramm legt Ziele für jede Ansatzebene fest, ermuntert andere Gemeinden, ähnliche Projekte zu erstellen, und ermöglicht es ihnen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Zahlreiche Abteilungen sind mit der Umsetzung der Klimapolitik befasst. Die Gemeinden bilden darüber hinaus Partnerschaften und setzen ihre Klimapolitiken gemeinsam um. Die niederländische Agentur für Energie und Umwelt (SenterNovem) berät Gemeinden in der Umsetzung ihrer Klimaprogramme. Unterstützung wird durch einen Konsulenten/eine Konsultantin gewährt, der bzw. die oft über einen gewissen Zeitraum hinweg mit der Gemeinde zusammenarbeitet. Außerdem werden Politik- und Planungsinstrumente, Best Practices und ein Informationsservice angeboten. All dies wurde möglich, weil SenterNovem durch die nationale Regierung finanziert wird – daher sind die Serviceleistungen für die lokalen Regierungen kostenfrei.

Mehr Informationen:

www.senternovem.nl/english

www.vrom.nl/international

Lokale Beispiele

■ Im Jahr 1996 nahm die **schwedische Gemeinde Växjö** einstimmig ein Programm zur Einstellung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe an. Eine der so beschlossenen Maßnahmen bestand im Umstieg auf Biomasse für die Energieversorgung der Stadt. Die städtischen Stromwerke erhöhten graduell den Anteil von Biomasse am Fernheizsystem und begannen für einen Teil ihres Stromverbrauchs mit dem Zukauf von Ökostrom. Seit 2003 entsprechen 100% des von allen sieben Stadtwerken verbrauchten Stroms dem Standard des schwedischen Umweltlabels „Bra Miljöval“ (Eine gute Wahl für die Umwelt).

Im Jahr 2004 hatten die durch fossile Brennstoffe ausgelösten Kohlendioxidemissionen in Växjö pro EinwohnerIn um 25% gegenüber dem Wert für 1993 abgenommen. Neben den umweltrelevanten Vorteilen wurden auch neue Arbeitsplätze im Bioenergiesektor geschaffen. Außerdem zieht dieses nachhaltige Energiesystem Ökotouristen sowie ExpertInnen an, die Växjö besuchen, um sich vor Ort zu informieren.

Mehr Informationen:

http://www.vaxjo.se/english/fossil_fuel_free.html

■ **Die Stadt Wien (Österreich)** startete ihr Klimaschutzprogramm KliP im Jahr 1999. Zwischen 1990 und 2002 gelang es, die jährlichen Kohlendioxidemissionen in Wien um 3% auf ca. 6,3 Mio. Tonnen zu senken. Die erfolgreichsten Maßnahmen im Rahmen dieses Programms sind die Entwicklung des Fernheizsystems, die Steigerung der Effizienz von Kraftwerken, die Wärmeisolierung von Gebäuden und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes. KliP umfasst fünf Handlungsfelder: Fernwärme- und Stromerzeugung, Wohnen, Betriebe, Mobilität und Stadtverwaltung (Beschaffungswesen und Umweltmanagement). In Zukunft wird der Frage der Energieeinsparung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Jahr 2004 initiierte die Stadt einen Prozess zur Erstellung eines Energiesparkonzeptes für Wien. Das Energiesparpotenzial von Privathaushalten, Betrieben, Dienstleistungs- und Industrieunternehmen, öffentlichen Behörden, Landwirtschaftsbetrieben und Verkehrseinrichtungen soll bewertet werden; dies wird zur Entwicklung eines Rahmenwerks für die erforderlichen Bedingungen und Umsetzungsmaßnahmen führen.

■ Zusammen mit einer Vielzahl lokaler und nationaler Partner implementiert die **Stadt Chalon-sur-Saône (Frankreich)** (52.000 EinwohnerInnen) das „Privileg“-Projekt, um Klimawandel und die Produktion von Treibhausgasen zu bekämpfen. Das Projekt umfasst eine Reihe von Handlungsfeldern und insbesondere drei verschiedene Aktionspläne, die für die lokale Industrie, die lokalen Behörden und die Bevölkerung gedacht sind. Der Aktionsplan für die Industrie enthält Energie- und Abfallwirtschaftsmaßnahmen und soll örtliche Unternehmen anregen, ihre Verhaltensweisen zu ändern und sich mit Umweltmanagement zu beschäftigen. Zu Erstellung des Aktionsplans für die lokalen Behörden wurden innovative lokale Aktionen in ganz Europa aufgelistet und bewertet, um die Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Best Practices in Chalon-sur-Saône zu untersuchen. Dieser Aktionsplan für Ziele im lokalen Kompetenzbereich wurde angenommen. Ein weiterer spezieller Aktionsplan ist für die

Öffentlichkeit gedacht und fordert die BürgerInnen auf, ihren Beitrag zur Klimaschutzpolitik zu leisten. Beispielsweise umfasst dieser Plan Energieeffizienzmaßnahmen für die Öffentlichkeit sowie Aktivitäten für Schulkinder.

Mehr Informationen: <http://www.programme-privileges.org/>
(nur in Französisch)

■ Im Oktober 2003 nahm der **Stadtrat von Venedig (Italien)** eine Energiestrategie an, dessen Ziel ein Instrument zur Bekämpfung von Treibhausgasemissionen und zur Förderung verantwortungsvoller Ansätze im Energieverbrauch sein sollte. Die lokale Regierung, VertreterInnen der Industrie und Dienstleistungserbringer sowie BürgerInnen entwickelten diese Strategie gemeinsam. Die Strategie stellte so genannte „Aktionskarten“ vor, d.h. Aktivitäten, die entweder bereits initiiert wurden oder in Planung stehen, werden auf diesen Karten aufgezeichnet und regelmäßig hinsichtlich ihrer Relevanz für die Klimaschutzziele der Stadt Venedig neu bewertet.

Die Energiestrategie der Stadt Venedig umfasst eine Reihe von Richtlinien, die vorschlagen, wie die Annahme der besten verfügbaren Methoden gefördert, die Integration von Energiefragen in die Pläne und Bestimmungen der Stadtregierung unterstützt und KonsumentenInnen wie auch der Einzelhandel über energieeffiziente Produkte informiert werden könnten. Außerdem benennt die Strategie Schlüsselaktionen, die gegenwärtige Trends betreffend Energieangebot und -nachfrage verändern und quantitative Ziele für Energieverbrauch und Verkehr definieren sollen. In Wohngebieten sollen Verbesserungen wie z.B. Doppelverglasung, bessere Wärmeisolierung, hoch effiziente Erdgasbrenner und solarbetriebene Heißwasserbereiter den Energieverbrauch bis 2010 um 39% senken. Im Dienstleistungssektor könnten innovative Bau- und Energiemanagementtechniken den Energieeinsatz bis 2010 um 11% reduzieren. The main European funding mechanisms

5. Die europäische Dimension

Die wichtigsten europäischen Finanzierungsmechanismen

Neben den nationalen und regionalen Finanzierungsmöglichkeiten können sich lokale und regionale Körperschaften auch um eine Finanzierung ihrer Aktivitäten durch die Europäische Union bemühen. Dieses Kapitel stellt einige der bestehenden Finanzierungstöpfe vor. Die europäischen Finanzierungsinstrumente erfordern im Normalfall eine Kofinanzierung von ca. 50% der förderfähigen Projektkosten durch den Finanzierungswerber, d.h. 50% der Mittel müssen aus anderen Quellen kommen.

Die **Strukturfonds und der Kohäsionsfonds** sind die hauptsächlichen Finanzierungsinstrumente der EU für Regionalentwicklung sowie wirtschaftliche und soziale Kohäsion. Die Fonds machen über ein Drittel des Gesamthaushalts der EU aus und spielen eine wichtige Rolle in der Förderung lokaler und regionaler Strukturmaßnahmen innerhalb der Union. Neben dem Kohäsionsfonds, der große Infrastrukturprojekte in den Bereichen Umwelt und Verkehr unterstützt, gibt es vier Strukturfonds: den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) und die Abteilung „Ausrichtung“ des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).

Die Strukturfonds finanzieren mehrjährige Programme, die Teil von Entwicklungsstrategien sind, welche in Partnerschaft mit lokalen und regionalen Regierungen, den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission erstellt werden. Im Gegensatz zu den weiter unten beschriebenen EU-Programmen (z.B. „Intelligente Energie für Europa“) werden die Mittel aus den Strukturfonds nicht direkt an von der Kommission ausgewählte Projekte vergeben. Die generellen strategischen Prioritäten und der allgemeine Umsetzungsrahmen werden auf europäischer Ebene vereinbart, jedoch sind die Auswahl der Projekte und ihre Verwaltung eine Verantwortung der nationalen und regionalen Behörden.

Im laufenden Finanzierungszeitraum (2000-2006) förderte die Kommission nachhaltige regionale Entwicklungsprojekte, die auf Energieeffizienz und die Schaffung eines diversifizierten Energiesektors abstellen. Die Laufzeit der neuen Strukturfondsprogramme reicht von 2007 bis 2013. Obwohl die Rechtsvorschriften noch nicht endgültig formuliert wurden, ist klar, dass das Schwergewicht auf Maßnahmen liegen wird, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern. Grundsätzlich werden Projekte für erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Rahmen der drei neuen Strukturfondsziele förderungswürdig sein, nämlich Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie territoriale Zusammenarbeit.

Die Strukturfonds können eine Vielzahl von Initiativen kofinanzieren, die von einem ökologisch sinnvollen öffentlichen Beschaffungswesen zur Steigerung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und von nachhaltigen öffentlichen Verkehrsnetzen zu bewusstseinsbildenden und unterstützenden Aktivitäten für Betriebe oder öffentliche Behörden reichen. Das Ausmaß der Kofinanzierung kann je nach Region und Ziel von mindestens 50% im Rahmen des Zieles „regionale Wettbewerbsfähigkeit“ bis zu höchstens 85% im Rahmen des Kohäsionsfonds betragen (für die am Rand der EU gelegenen Regionen und Inseln).

EU-Förderung für die Umwelt: Ein Handbuch für den Programmplanungszeitraum 2007-2013: <http://assets.panda.org/downloads/eufundingforenvironmentweb.pdf>

Nachhaltige Energie und die Strukturfonds – Richtlinien: <http://www.bacchus.aeidl.be/guidelines.htm>

Projekt RUSE zur Verbesserung der Energieeffizienz durch die Strukturfonds: www.ruse-europe.org

Die EnergieexpertInnen eines Krankenhauses in Szeged (Ungarn) nutzten die Fördermittel, die Ungarn vor dem EU-Beitritt zur Verfügung standen, sehr geschickt, indem sie einen überzeugenden Aktionsplan für das neue Energiesystem des Krankenhauses vorlegten. Die alten Dampfkessel wurden ebenso wie das gesamte Rohrnetz ausgetauscht; weiters wurden neue Heizkörper installiert. Ein computergestütztes System stellt die zuverlässige Steuerung dieser neuen Struktur sicher. Als Teil des Projekts sollen insgesamt 2.800 m² Solarzellenplatten auf dem Dach des Krankenhauses montiert werden. Aufgrund dieses intelligenten Förderantrags übernimmt die Stadt lediglich ein Viertel der Projektkosten – der Rest wird zwischen nationaler Regierung und EU aufgeteilt.

„Intelligente Energie für Europa“ (IEE) ist das Unterstützungsprogramm der EU für nicht-technische Aktionen auf dem Gebiet der Energie. Die Laufzeit des Programms ist von 2003 bis 2006 angesetzt. Eine Neuauflage des Programms „Intelligente Energie für Europa“ soll als Teil des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) im Programmzeitraum von 2007 bis 2013 durchgeführt werden.

IEE besteht aus den folgenden vier Unterprogrammen:

SAVE – Steigerung der Energieeffizienz und des rationellen Energiekonsums, insbesondere in Bauwesen und Industrie

ALTENER – Förderung neuer und erneuerbarer Energiequellen für die zentralisierte und dezentralisierte Erzeugung von Strom und Wärme und ihre Integration in die lokale Umwelt und die lokalen Energienetze

STEER – Unterstützung von Initiativen im Zusammenhang mit den Energieaspekten des Verkehrswesens, der Diversifizierung von Kraftstoffen z.B. durch die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen sowie der Förderung erneuerbarer Ressourcen (Biokraftstoffe) und der Energieeffizienz im Verkehrswesen

COOPENER – Unterstützung von Initiativen im Zusammenhang mit der Förderung von erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienz in Entwicklungsländern, insbesondere im Rahmen der Kooperation der Gemeinschaft mit Entwicklungsländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Pazifikraum (ist nicht für die IEE-Programmneuauflage geplant)

Mehr Informationen finden Sie auf:

http://europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html

Die **Gemeinde Braşov (Rumänien)** rief mit der Unterstützung des Unterprogramms SAVE die lokale Energie- und Umweltagentur *Agenția pentru Managementul Energiei și Protecția Mediului Braşov (ABMEE)* ins Leben. ABMEE entwickelte eine sehr effiziente und praxisorientierte Energiemanagementsoftware, die an die Verhältnisse in Rumänien angepasst wurde. Durch den Einsatz dieser Software wird der Energieverbrauch aller gemeindeeigenen Gebäude überwacht und aktualisiert. Diese Überwachung vereinfacht auch andere Aufgaben, wie etwa sportliche oder erzieherische Aktivitäten von Schulen im Zusammenhang mit Energieeffizienz.

Weiters unterhält ABMEE einen Energie-Informationsstand im Stadtzentrum (durch das Programm PHARE unterstützt). Dieser Informationsstand gewährt Auskünfte über Raumbeleuchtung, den Energiebedarf von Gebäuden usw. für die Öffentlichkeit sowie für Fachleute. Als nächster Schritt will ABMEE einen Energieplan für die Gemeinde umsetzen, der alle städtischen Funktionen abdeckt.

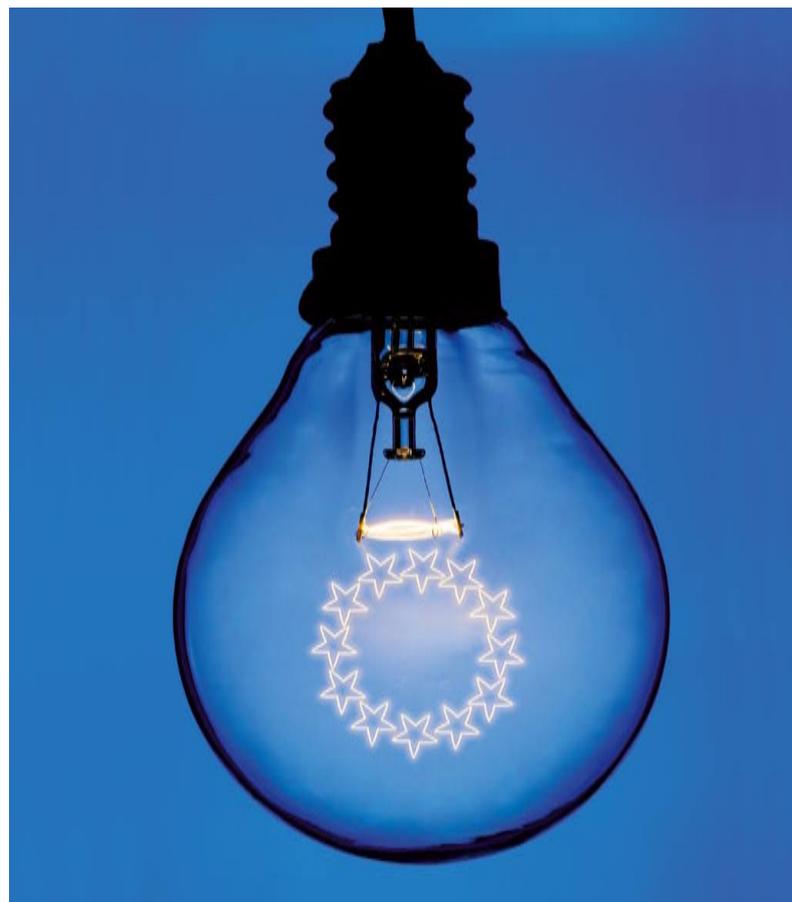
Mehr Informationen: <http://www.abmee.ro/site/main.php>

Die **Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung** fördern große Forschungs- und Pilotprojekte.

- CONCERTO ist eine wichtige Initiative der Europäischen Union, die Kommunen in Städten, Vorstädten oder im ländlichen Raum bei der Entwicklung nachhaltiger und hoch energieeffizienter Politiken unterstützt. CONCERTO ist Teil des **Sechsten Rahmenprogramms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration** (2002-2006) und wird im Rahmen des Themenbereichs „Nachhaltige Energiesysteme“ finanziert.
- CIVITAS unterstützt Kommunen, welche die Wirksamkeit integrierter Aktionen für nachhaltige Mobilität prüfen und belegen wollen.

Calls for Proposals für beide Initiativen können unter <http://fp6.cordis.lu> eingesehen werden.

Darüber hinaus legte die Kommission ihren offiziellen Vorschlag für das **Siebte Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (FP7)** im Zeitraum 2007-2013 vor. FP7 konzentriert sich vor allem auf Innovation und Wissenserwerb für Wachstum und wird in vier Einzelprogrammen umgesetzt: Zusammenarbeit, Ideen, Menschen und Kapazitäten. Das Programm „Zusammenarbeit“ besteht aus neun Maßnahmenblöcken und unterstützt die Kooperation von Universitäten, Wirtschaft, Forschungszentren und Regierungen innerhalb der EU sowie mit Partnern aus anderen Ländern. Im Rahmen jedes



European Commission

Themenbereichs werden vier unterschiedliche Projekttypen gefördert: Verbundforschungsprojekte, Exzellenznetzwerke, Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowie Verbreitung von Wissen.

Einer der neun Maßnahmenblöcke befasst sich mit dem Thema Energie. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Erforschung erneuerbarer Energien, auf der CO₂-Abscheidung für emissionsfreie Stromerzeugung sowie auf intelligenten Energienetzwerken, Energieeffizienz und Unterstützung für energiepolitische Entscheidungsprozesse (Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Modellen für die Bewertung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Fragen im Zusammenhang mit Energietechnologien sowie zur Erarbeitung quantifizierbarer Ziele und Szenarios für mittel- und langfristige Zeiträume).

Mehr Informationen: <http://www.cordis.lu/fp7/guidance.htm>

Neuere Rechtsnormen im Fachbereich

Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (2001/77/EG)

Die Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen schafft einen Rahmen zur Erhöhung des Ökostromanteils (von 14% auf 22% im Jahr 2010) sowie zur Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energie (von 6% auf 12% im Jahr 2010). Die Richtlinie

- setzt Referenzwerte für nationale Richtziele für Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen fest;
- bestimmt nationale Förderungsprozesse für erneuerbare Energie;

- vereinfacht nationale Verwaltungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung von Ökostrom;
- stellt den Zugang zu Übertragungs- und Verteilungsnetzen für Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen sicher.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/res/legislation/electricity_en.htm

Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG)

Die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden soll die Energieeffizienz von öffentlichen, privaten und Geschäftsgebäuden in den Mitgliedstaaten erhöhen. Die Richtlinie

- schafft einen allgemeinen Rahmen zur Berechnung der Energieeffizienz von Gebäuden;
- legt Mindestanforderungen für die Energieeffizienz fest (von den Mitgliedstaaten zu bestimmen), welche für neue und bestehende große Gebäude gelten, die einer umfangreichen Renovierung unterzogen werden;
- schafft ein System für die Energiezertifizierung von Gebäuden, wodurch der Energieverbrauch für die KonsumentInnen transparent wird;
- schafft ein System für die regelmäßige Inspektion und Beurteilung von Heizkesseln und Klimaanlage.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/demand/legislation/buildings_en.htm

Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen (2003/30/EG)

Die Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen fordert, dass ein größerer Anteil des in den Mitgliedstaaten verkauften Diesels und Benzins Biokraftstoffe sein sollten. Für den Marktanteil von Biokraftstoffen wurden Richtwerte

festgesetzt, die auf anspruchsvollen Bezugswerten beruhen: Marktanteil von 2% bis Dezember 2005 sowie Marktanteil von 5,75% bis Dezember 2010.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/res/legislation/biofuels_en.htm

Richtlinie über die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (2004/8/EG)

Die Richtlinie über die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung legt einen Rahmen für die Förderung und Vereinfachung der Errichtung und des Betriebs von Kraft-Wärme-Anlagen fest, um bestehende Hindernisse zu überwinden, den Marktanteil der Kraft-Wärme-Kopplung zu erhöhen und zur Ausschöpfung ungenutzter Potenziale beizutragen.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/demand/legislation/heat_power_en.htm

Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen (KOM (2003) 739)

Diese Richtlinie soll Energieeffizienzmaßnahmen anregen und einen Markt für Energiedienstleistungen fördern. Sie setzt einen Energiespar-Richtwert von 9% in 9 Jahren fest. Dieses Ziel soll durch verpflichtende nationale Aktionspläne zur Energieeffizienz sowie durch ein Benchmarkingsystem erreicht werden.

Mehr Informationen: http://ec.europa.eu/energy/demand/legislation/end_use_en.htm

Noch nicht verabschiedete Rechtsnormen

Im Jahr 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission ein **Grünbuch über Energieeffizienz**, in welchem vorgeschlagen wurde, den Trend zu immer höherem Energieeinsatz umzukehren und bis zum Jahr 2020 auf kostenwirksame Weise eine Energieeinsparung von 20% zu erzielen. Als Beispiele für die mögliche Erreichung dieses Ziels wurden nationale Jahresaktionspläne zur Energieeffizienz, verbesserte Preisgestaltung und -besteuerung für Energie, der Einsatz des Beschaffungswesens zum Anstoß neuer Technologien, die Erweiterung des Geltungsbereichs der Europäischen Gebäuderichtlinie auf alle Renovierungsprojekte sowie die Suche nach neuen und besseren Finanzierungsmethoden genannt.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/efficiency/index_en.htm

Im Jahr 2005 nahm die Europäische Kommission einen **Aktionsplan für Biomasse** (KOM (2005) 628) an, der neue Maßnahmen zur verstärkten Nutzung von Biokraftstoffen sowie mögliche Aktionen zum Thema Kühlung und Heizung mit Hilfe erneuerbarer Energiequellen ankündigt. Außerdem wird die Entwicklung von nationalen Aktionsplänen für Biomasse angeregt.

Mehr Informationen: http://europa.eu.int/comm/energy/res/biomass_action_plan/green_electricity_en.htm

6. Europäische Partnerschaften – Vernetzung für nachhaltige Energiepolitik

Netzwerke lokaler Regierungen engagieren sich für nachhaltige Energiepolitik

Auf europäischer Ebene bestehen mehrere engagierte Netzwerke lokaler Regierungen und Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Energie, des Verkehrs und der Klimaschutzpolitik tätig sind. Diese Netzwerke und Vereinigungen streben nach der Förderung von Good Practices und vereinfachen den Austausch von Erfahrungen auf europäischer Ebene. Der Beitritt zu diesen Netzwerken und die Teilnahme an verschiedenen europäischen Kampagnen ermöglichen es lokalen und regionalen Körperschaften, Partnerschaften einzugehen, Erfahrungen auszutauschen und sich noch stärker für nachhaltige Energie zu engagieren.

Um lokale und regionale energierelevante Aktionen zu vereinfachen, hat der RGRE zusammen mit seinen Mitgliedervereinigungen und deren Mitgliedern sowie in Kooperation mit der Europäischen Kommission ein Netzwerk von EnergieberaterInnen und ExpertInnen initiiert. Die Mitglieder des **RGRE-Energie-Netzwerks** sind VertreterInnen lokaler und regionaler Regierungen, denen es ein Anliegen ist, den Energie- und Wasserverbrauch in ihren Gemeinden und Regionen zu senken.

Die Ziele dieses Netzwerks sind es:

- zeitgerecht Beiträge lokaler und regionaler Körperschaften betreffend die Formulierung von Rechtsnormen, Programmen, Aktionen und Initiativen der Gemeinschaft zur Diskussion zu stellen;
- Informationen von Relevanz für lokale und regionale Körperschaften in ganz Europa zu sammeln und zu verbreiten;
- den Erfahrungsaustausch unter seinen Mitgliedern zu vereinfachen;
- durch eine gemeinsame Vision für den zukünftigen Energieeinsatz zur Entwicklung einer von Kohleprodukten weniger abhängigen Wirtschaft beizutragen;
- die umfassende Umsetzung der Aalborg-Verpflichtungen in Bezug auf die Bereiche Energie, Verkehr und Klimaschutz zu fördern www.aalborgplus10.dk.

Energie-Cités ist eine gemeinnützige Vereinigung europäischer Gemeinden, die sich für nachhaltige Energiepolitik engagieren und bereit sind, ihre Erfahrungen und ihr Know-how miteinander zu teilen. Die Vereinigung hat über 120 Mitglieder (einschließlich Gruppenmitgliedschaften); daher sind über 400 europäische Städte in 25 Ländern an der Tätigkeit der Vereinigung beteiligt.

Die hauptsächlichen Aktivitäten der Vereinigung sind:

- der Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet des Energiemanagements, der Förderung erneuerbarer Energie und des Umweltschutzes;
- die Verbreitung von Informationen über die Energiepolitik der EU und die Initiierung von Kampagnen zu deren Umsetzung (z.B. der Gebäuderichtlinie);
- die Organisation von Meetings, Konferenzen und Workshops;
- die Analyse und Verbreitung von Projekten und Good Practices von Gemeinden auf den Gebieten der Energieeffizienz, erneuerbaren Energiequellen und dezentralisierten Energieerzeugung;
- die Vernetzung mit Projektgemeinden;
- außerdem werden die neuen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten bevorzugt behandelt.

Das **Klima-Bündnis** ist ein Netzwerk europäischer Städte und Gemeinden, die Partnerschaften mit indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen – den Erhalt des Weltklimas. Das Klima-Bündnis strebt nach einem ganzheitlichen Ansatz in der Klimawandelpolitik, der auf dem Engagement und der Vielfalt von Ansätzen auf lokaler Ebene beruht. Diese Initiative ist Teil der Bemühungen um nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd. Das Klima-Bündnis hat etwa 1.300 Mitglieder in 14 europäischen Staaten. Es hilft seinen Mitgliedern, umfassende Klimaschutzstrategien zu entwickeln und vielfältige Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu treffen, vor allem in den Bereichen Energie und Verkehr. Außerdem vertritt das Klima-Bündnis die Interessen der im Klimaschutz engagierten Kommunen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Europäische Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses koordiniert Aktivitäten, erarbeitet Handlungsempfehlungen und Richtlinien, verbreitet Good Practices, initiiert Projekte und Kampagnen und wertet die durchgeführten Aktivitäten aus.

Europäische Kampagnen

Die **Europäische Display™ Kampagne** regt Gemeinden an, die Energie- und Umwelteffizienz ihrer Gebäude öffentlich auszuhängen. Das System beruht auf dem bekannten Energielabel für Haushaltsgeräte. Die Kampagne soll das öffentliche Interesse an Energie- und Klimafragen in kommunikativer und erzieherischer Weise steigern.

Mehr Informationen: www.display-campaign.org

Die **Europäische Mobilitätswoche** ist eine europäische Initiative für lokale Gebietskörperschaften. Die Kommunen werden aufgefordert, pro Jahr eine ganze Woche lang der nachhaltigen Mobilität gewidmete Veranstaltungen zu organisieren. Das Ziel ist es, eine breite Diskussion über die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen in Bezug auf Mobilität und insbesondere die Nutzung von Pkws anzuregen. Der Europaweite Autofreie Tag ist der Höhepunkt dieser Woche.

Mehr Informationen über die Mobilitätswoche und den Europaweiten Autofreien Tag:

<http://www.mobilityweek-europe.org>

Cities for Climate Protection (CCP)™ Europe ist die europäische Sektion einer weltweiten Bewegung, deren Anliegen es ist, die Erderwärmung zu verlangsamen und die

Luft- und Lebensqualität in den Städten zu verbessern, indem die Emissionen von Treibhausgasen durch die Kommunen gesenkt werden. Diese Kampagne möchte das lokale Engagement zur Emissionsreduktion anregen, Instrumente zur Steigerung lokaler Kapazitäten sowie Energieeffizienzstrategien entwickeln und verbreiten, Best Practices zur Senkung des Energieverbrauchs in Gebäuden und im Verkehr fördern und schließlich als Sprachrohr der Kommunen im Dialog mit nationalen Regierungen und der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen zum Klimawandel (UNFCCC) agieren.

Mehr Informationen:

<http://www.iclei-europe.org/index.php?id=ccpeurope>

ManagEnergy ist eine Initiative der Europäischen Kommission zur Unterstützung der mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien befassten lokalen Akteure. ManagEnergy organisiert Training-Workshops und europäische Energieevents, die auch online als Videoaufnahmen unter www.managenergy.tv verfügbar sind. Konkrete Beispiele vermitteln Auskunft über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Aktivitäten auf lokaler Ebene. Die Informationen über europäisches Recht und europäische Programme werden täglich aktualisiert, und die ManagEnergy-Homepage bietet ein Online-Partnersuchprogramm, über das Tausende Organisationen Projektpartner suchen.

Ein monatlicher elektronischer Newsletter informiert lokale Akteure über wichtige energierelevante Veranstaltungen und Neuigkeiten auf europäischer und lokaler Ebene. Lokale und regionale Körperschaften sind außerdem eingeladen, ihre eigenen Projektergebnisse zur Veröffentlichung an ManagEnergy zu senden oder Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit ManagEnergy zu organisieren. Zur Anmeldung für den monatlichen Newsletter oder für die Teilnahme an anderen Aktivitäten von ManagEnergy kontaktieren Sie bitte www.managenergy.net.

Nachhaltige Energie für Europa 2005-2008 ist eine Kampagne zur öffentlichen Bewusstseinsbildung, die von der Europäischen Kommission initiiert wurde, um die Erreichung der energiepolitischen Ziele der EU sowie der Zielsetzungen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energiequellen, der Energieeffizienz, des umweltfreundlichen Verkehrs und der alternativen Brennstoffe zu vereinfachen. Die Initiative möchte intelligente Energieerzeugung und -verwendung steigern, indem das öffentliche Bewusstsein geschärft, das Verständnis und die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen, Best Practices ausgetauscht und notwendige Trends für Investitionen

Die Partnerschaft für nachhaltige Energie ist das wichtigste Instrument der Kampagne; sie ist so angelegt, dass Projekte, Programme oder Produkte aktiv eingebunden und gefördert werden, die einen signifikanten Beitrag zu nachhaltiger Energieerzeugung oder -verwendung leisten. Der Beitritt zu dieser Partnerschaft ist Ausdruck des Engagements für die Ziele der Kampagne und umgekehrt auch ein starkes Signal der Unterstützung und Anerkennung seitens der Europäischen Kommission für Aktivitäten von lokalen, regionalen und nationalen Akteuren im Energiebereich.

Die Kampagne zielt darauf ab, Aktionen in folgenden Handlungsfeldern zu unterstützen und zu fördern: Gebietskörperschaften (Regionen, Städte, Inseln, ländliche Gebiete und Gemeinschaften, die eine hundertprozentige Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen anstreben), Verkehr, Gebäude, Beleuchtungssysteme und Elektrogeräte, Kooperation mit Entwicklungsländern, Promotion und Kommunikation.

Mehr Informationen: www.sustenergy.org

Weitere Informationsquellen

Instrumente und Methoden

Methoden für lokale Klimapolitik

<http://www.climatealliance.org>

Climate Compass

<http://www.climate-compass.net>

European Climate Menu

<http://www.climatemenu.com>

AIM Solarcity – Monitoring- und Informationssystem für lokale Regierungen

<http://www.aim-solarcity.net/basics/intro.html>

Best Practices und Handlungsanleitungen

Energie-Cités – ausführliche Sammlung lokaler Beispiele

<http://www.energie-cites.org>

ELTIS – Europäischer Informationsdienst für den Nahverkehr: Fallstudien über Mobilität und Verkehr

<http://www.eltis.org/Vorlage.phtml?mainID=452&id=452>

Nachhaltige Energie für Europa 2005-2008

<http://www.sustenergy.org/>

Erneuerbare Energie und Energieeffizienz auf lokaler und regionaler Ebene

<http://www.managenergy.net/>

GD Regionalpolitik – Datenbank guter Beispiele, die über die Strukturfonds gefördert wurden

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/projects/stories/index_en.cfm

Europäische Plattform für Mobilitätsmanagement: Fallstudien zu Mobilitätsfragen

http://www.epomm.org/epomm_examples_all.phtml?sprache=en

IntelleBase – Datenbank der durch die EU finanzierten Projekte ALTENER und SAVE

<http://europa.eu.int/comm/energy/iebase/introduction.cfm>

UK: The Energy Savings Trust – Handlungsanleitungen, Fallstudien und Publikationen

<http://www.est.org.uk>

Initiativen für nachhaltige Mobilität auf lokaler Ebene

<http://www.smile-europe.org>

Sauberer und besserer Verkehr in Städten

<http://www.civitas-initiative.org>

Erstellt in Zusammenarbeit mit dem RGRE-Energie-Netzwerk, dem Klima-Bündnis und Energie-Cités.

Diese Publikation wurde ermöglicht durch die Beiträge von Gotelind ALBER – Klima-Bündnis, Gérard MAGNIN - Energie-Cités, Kristina DELY – Energie-Cités, Volker KIENZLEN – Stadt Stuttgart, Guido DERNBAUER – Österreichischer Städtebund, Kalevi LUOMA – Vereinigung finnischer Lokal- und Regionalbehörden, Suvi HOLM – Energieagentur von Tampere, Sabine MARTORELL – Französische Sektion des RGRE (AFCCRE), Pim KOEGLER – Provinz Groningen, Clare HUDSON – Local Government International Bureau (LGIB, Großbritannien), Don LACK und Steward CONWAY – Energieagentur Leicester, Carsten Hyldborg JENSEN – Stadt Odense, Petra WAHLSTRÖM – Schwedische Vereinigung lokaler Gebietskörperschaften und Regionen, Ismo GRÖNROOS-SAIKKALA und Pedro BALLESTEROS – Europäische Kommission, Sian HUGHES – The Centre, René SCHELLEKENS – SenterNovem, Yolanda DE JAGER – Ecofys.

Die Koordinierung dieser Publikation erfolgte durch Pirita Lindholm vom RGRE-Sekretariat.



Brüssel **Paris**
22, rue d'Arlon 15, rue de Richelieu
B-1050 Brüssel F-75001 Paris
Tel.: + 32 2 511 74 77 Tel.: + 33 1 44 50 59 59
Fax: + 32 2 511 09 49 Fax: + 33 1 44 50 59 60

e-mail : cemr@ccre.org
www.ccre.org

Klima-Bündnis – Europäische Geschäftsstelle

Galvanistraße 28
D-60486 Frankfurt am Main
Tel.: + 49 69 717 1390
Fax: + 49 69 717 139 93
e-Mail: europe@klimabuendnis.org
Homepage: www.climatealliance.org

Energie-Cités – Sekretariat

2, chemin de Palente
F-25000 Besançon
Tel.: + 33 3 81 65 36 81
Fax: + 33 3 81 50 73 51
e-Mail: info@energie-cites.org
Homepage: www.energie-cites.org



Mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Kommission.
Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation liegt bei den AutorInnen.
Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung
für jegliche Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Partner des RGRE/CCRE/CEMR